

Gemeinsam auf Kurs.

**REGIERUNGSPROGRAMM
FÜR EIN MODERNES UND
SOZIAL GERECHTES
MECKLENBURG-VORPOMMERN**

**MECKLENBURG-
VORPOMMERN**

SPD

Mecklenburg-Vorpommern ist uns allen eine liebenswerte Heimat. Wir leben gerne hier, wir lieben die wunderschöne Landschaft mit den unvergleichlichen Kulturdenkmälern in der einzigartigen Natur. Viele von uns sind hier geboren. Andere sind im Laufe ihres Lebens hierher gezogen, weil sie sich mit großer Begeisterung für dieses Land hier eine Zukunft aufbauen wollen. Gemeinsam sind wir gut vorangekommen in den vergangenen Jahren. Wir in Mecklenburg-Vorpommern können stolz sein auf das Erreichte. Diese Erfolgsgeschichte wollen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, dass wir gemeinsam auf gutem Kurs bleiben und dass sich unser Land weiter so gut entwickelt.

Die SPD ist seit 1998 stärkste Kraft und stellt seitdem den Ministerpräsidenten in unserem Land. Gemeinsam mit den Menschen haben wir seitdem viele Verbesserungen erreicht. Wir sind stolz darauf, dass sich Mecklenburg-Vorpommern unter den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Harald Ringstorff und Erwin Sellering gut entwickelt hat und bedanken uns bei allen, die daran mitgewirkt haben.

Unser Land hat in den vergangenen Jahren deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Zu traditionell starken Wirtschaftsbranchen wie dem Tourismus, der maritimen Wirtschaft und der Land- und Ernährungswirtschaft sind neue Wirtschaftszweige wie die erneuerbaren Energien oder die Gesundheitswirtschaft hinzugekommen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich heute auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit. Außerdem ist die Lohnangleichung zwischen Ost und West weiter fortgeschritten.

Wir haben in unserer Regierungszeit die Infrastruktur im Land deutlich verbessert. Mit der Ostseeautobahn A 20, der Verlängerung der A 14 und der neuen Rügenbrücke sind wichtige neue Verkehrswege entstanden. Unsere Städte und die meisten Dörfer sind 25 Jahre nach der Deutschen Einheit schöner als je zuvor.

Auch im sozialen Bereich haben wir wichtige Verbesserungen erzielt. Mecklenburg-Vorpommern hat in unserer Regierungszeit seine Landesausgaben für die Kitas mehr als verdoppelt. Mit diesen Mitteln haben wir beispielsweise die Elternbeiträge in der Krippe und im letzten Kindergartenjahr abgesenkt und den Betreuungsschlüssel verbessert. In den Schulen haben wir ein 50-Millionen-Euro-Paket auf den Weg gebracht, um den Unterrichtsausfall zu reduzieren, den Lehrerberuf attraktiver zu machen und vor allem die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Bei alledem haben die SPD-geführten Landesregierungen eine sehr solide Finanzpolitik betrieben. Mecklenburg-Vorpommern gehört zu den ganz wenigen Bundesländern, die in den vergangenen zehn Jahren keine neuen Schulden aufgenommen haben. Mehr noch: Wir haben fast eine Milliarde Euro an Altschulden abgebaut. Das ist verantwortungsvolle Politik im Interesse kommender Generationen.

Es gibt aber auch noch Vieles, was verbessert werden muss. Unser Land hat – wie die anderen ostdeutschen Bundesländer auch – trotz aller Fortschritte immer noch Nachholbedarf bei der Wirtschaftskraft, bei der Arbeitsmarktentwicklung und der Höhe der Löhne. Hinzu kommt, dass nicht alle Menschen in unserem Land von der insgesamt positiven Entwicklung profitieren. Als

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten finden wir uns mit Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft nicht ab. Im Gegenteil: Wir arbeiten daran, sie zu beseitigen. Unser Ziel ist mehr soziale Gerechtigkeit in unserem Land.

In diesem Programm präsentieren wir unsere Ideen, um Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden fünf Jahren weiter voranzubringen. Dabei verfahren wir nach dem Grundsatz: Wir wollen das, was in unserem Land gut läuft, erfolgreich fortsetzen. Und wir wollen dort, wo es nötig ist, zu Verbesserungen kommen. Unser Programm enthält deshalb eine Mischung aus bewährten Konzepten und neuen Ideen für unser Land.

Wir sagen in diesem Programm ganz klar, in welchen Bereichen wir in den kommenden fünf Jahren bei unserer Arbeit besondere Schwerpunkte setzen wollen. Dies sind drei Bereiche:

- **Wirtschaft und gute Arbeit:** Unser Ziel ist, dass Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren weiter an Wirtschaftskraft gewinnt, damit neue Arbeitsplätze entstehen und die schon vorhandenen gesichert werden. Dabei geht es der SPD um gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und attraktiven Arbeitsbedingungen. Besonders wichtig ist, dass die Löhne in den kommenden Jahren weiter steigen. Nur so wird Mecklenburg-Vorpommern im Wettbewerb mit anderen Regionen mithalten können.
- **Gute Chancen von Anfang an:** Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen, dass alle Kinder, unabhängig von ihrer Herkunft und vom Geldbeutel ihrer Eltern, die Chance bekommen, sich bestmöglich zu entfalten. Deshalb werden wir in den kommenden fünf Jahren einen Schwerpunkt bei den Kitas und Schulen im Land setzen. Besonders wichtig sind uns dabei die Entlastung der Eltern bei den Kita-Beiträgen und die Erhöhung der Qualität in Kitas und Schulen.
- **Den sozialen Zusammenhalt stärken:** Alle Gruppen in unserem Land sollen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Neben Familien und Kindern bedürfen insbesondere die älteren Menschen in unserem Land unserer besonderen Unterstützung. Außerdem müssen wir in Zeiten des demografischen Wandels neue Wege bei der Daseinsvorsorge gehen, damit die ländlichen Räume nicht abgekoppelt werden. Eine besonders wichtige Aufgabe wird auch die Integration der neu zu uns kommenden Flüchtlinge sein. Wir empfinden die Zuwanderung als Bereicherung für unser Land und wollen denen, die bei uns bleiben wollen und dürfen, einen guten Start in Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen.

In allen drei Bereichen ist die Gleichstellung von Frauen und Männern eine wichtige Aufgabe. Wir werden bei all unseren Maßnahmen die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen berücksichtigen. Dort, wo es Benachteiligungen gibt, werden wir mit gezielten Maßnahmen auf einen Ausgleich hinwirken.

Alle drei Bereiche erfordern eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Land und seinen Kommunen. Wir wollen diese Aufgaben deshalb weiterhin in einer engen Partnerschaft auf Augenhöhe angehen.

Verbinden werden wir diese drei Schwerpunkte mit der Fortführung unserer soliden Finanzpolitik. Ende 2019 läuft die besondere Förderung für die ostdeutschen Länder über den Solidaripakt II aus. Danach ist Mecklenburg-Vorpommern ein Bundesland wie jedes andere auch und muss seine Zukunft aus eigener Kraft bestreiten. Wir wollen deshalb auch in der kommenden Wahlperiode Haushalte ohne Neuverschuldung vorlegen. Das setzt voraus, dass wir unsere Ausgaben auf die drei Schwerpunktbereiche konzentrieren, die für die Entwicklung unseres Landes besonders wichtig sind. Wir sagen offen: In allen anderen Bereichen werden wir uns auch künftig nicht mehr leisten können als vergleichbare Bundesländer.

Das ist unser Konzept für ein modernes und sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern. Wir laden Sie ein: Machen Sie mit! Bringen Sie sich ein in die Entwicklung unseres Landes. Lassen Sie uns Mecklenburg-Vorpommern weiter gemeinsam auf Kurs halten!

Eine starke Wirtschaft und gute Arbeitsplätze

Das haben wir für Sie erreicht

- Mecklenburg-Vorpommern kommt wirtschaftlich voran. Unser Land hat unter den SPD-geführten Landesregierungen deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen.
- Die Zahl der Arbeitslosen ist ganz erheblich zurückgegangen. Sie hat sich in den vergangenen 10 Jahren etwa halbiert. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum deutlich gestiegen. Die Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind gerade für junge Menschen sehr viel besser geworden.
- Mecklenburg-Vorpommern ist das Tourismusland Nummer 1 in Deutschland. 2014 und 2015 haben wir neue Rekorde bei den Gästeübernachtungen verzeichnet. Auch viele andere Branchen, zum Beispiel die Land- und Ernährungswirtschaft, die Gesundheitswirtschaft, das Handwerk und das Verarbeitende Gewerbe haben sich gut entwickelt.
- Wir haben die Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern deutlich verbessert. Die Fertigstellung der A 20, der Lückenschluss bei der A 14 von Ludwigslust über Schwerin nach Wismar, der konsequente Weiterbau des Rügenzubringers über die Rügenbrücke und der Bau zahlreicher Ortsumgehungen fallen in unsere Regierungszeit. Die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft profitieren gleichermaßen davon.
- Unsere Städte und Dörfer sind nach ihrer Modernisierung schöner als je zuvor.
- Die Häfen im Land haben eine sehr positive Entwicklung genommen. Sie sind heute nicht nur Umschlagplatz für Güter aus aller Welt, sondern zugleich auch Industriestandorte, an denen neue zukunftsfähige Arbeitsplätze entstanden sind.
- Mecklenburg-Vorpommern ist zum Land der erneuerbaren Energien geworden. 2013 waren wir das erste Bundesland in Deutschland, das seinen Strombedarf rechnerisch komplett aus Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse und anderen erneuerbaren Energieträgern abdecken konnte. Durch diesen Ausbau sind zahlreiche neue Arbeitsplätze entstanden, zum Beispiel bei der Herstellung von Windkraftanlagen, die sehr positiv zur Exportkraft der Wirtschaft beitragen.

- Mecklenburg-Vorpommern hat sich gemeinsam mit anderen Ländern auf Bundesebene mit Erfolg dafür eingesetzt, dass in Deutschland endlich ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wurde. Unser Landesgesetz zum Mindestlohn war dabei ein wichtiger Vorreiter.
- Die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern ist wirtschaftlich erfolgreich, wettbewerbsfähig und nachhaltig ausgerichtet. Im ökologischen Landbau bestimmen wir das Schrittmaß in Deutschland. Unsere Biobauern produzieren heute öko-zertifiziert 15 Prozent des Schweinefleisches, 15 Prozent des Rindfleisches sowie ein Fünftel aller Bio-Eier in Deutschland. Mit dem in einem breiten Diskussionsprozess erarbeiteten Masterplan Land- und Ernährungswirtschaft haben wir eine gute Grundlage für die weitere Entwicklung der Branche geschaffen.
- Unsere einzigartige Natur ist ein Anziehungsmagnet für in- und ausländische Touristen. Die drei Nationalparks, drei Biosphärenreservate und die sieben Naturparks haben sich zu Modellregionen für ein harmonisches Zusammenspiel von Schutz- und Nutzfunktionen entwickelt. Durch die Anerkennung der alten Buchenwälder im Nationalpark Müritz und im Nationalpark Vorpommern als UNESCO-Weltnaturerbe wurden unsere Anstrengungen auf höchstem internationalen Niveau gewürdigt.

Das haben wir vor:

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren wirtschaftlich weiter voranbringen, damit Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Dazu müssen wir die Wirtschaftsförderung auf die Bereiche konzentrieren, in denen unser Land besonders gute Wachstumschancen hat. Wir werden Neuansiedlungen und Existenzgründungen ebenso fördern wie die Entwicklung der schon bestehenden Unternehmen.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns für gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und attraktiven Arbeitsbedingungen ein. Nach der Einführung des Mindestlohns ist unser wichtigstes Ziel für die kommenden Jahre, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsvertretern die Zahl der Unternehmen und Beschäftigten zu steigern, die ihren Beschäftigten Tariflohn zahlen. Für junge Menschen brauchen auch wir weiter ein gutes Angebot an Ausbildungsplätzen mit einem entsprechenden Arbeitsumfeld.

Die Infrastruktur muss weiter ausgebaut und in ihrem erreichten guten Zustand erhalten werden. Ein Schwerpunkt bei der Verbesserung der Infrastruktur soll in den kommenden Jahren die Versorgung mit schnellem Internet sein.

Die SPD will die Chancen, die uns die Energiewende bietet, für unser Land nutzen. Wir werden deshalb den Ausbau der erneuerbaren Energien fortsetzen. Der Schutz unserer weitgehend intakten Umwelt und die Weiterentwicklung des ländlichen Raums sind weitere wichtige Ziele für uns.

Wir werden Mecklenburg-Vorpommern nur gemeinsam wirtschaftlich weiter voranbringen. Die SPD setzt deshalb auf die Sozialpartnerschaft und eine enge gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, denen wir traditionell eng verbunden sind und mit denen wir viele gemeinsame Ziele teilen, aber auch mit Wirtschaftsvertretern.

Wirtschaft und Arbeitsplätze

Unser Land soll in den kommenden Jahren weiter an Wirtschaftskraft gewinnen. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze neu entstehen und gesichert werden. So ermöglichen wir, dass sich vor allem junge Menschen für eine Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern entscheiden und diejenigen, die unser Land verlassen haben, zurückkehren können.

Mecklenburg-Vorpommern erhält wie die anderen ostdeutschen Länder bis Ende 2019 noch eine besondere Förderung, die allerdings von Jahr zu Jahr geringer wird. Auch die EU-Förderung in der jetzigen Form läuft 2020 aus. Das bedeutet, dass wir die bis 2020 vorhandenen Fördermittel auf die Bereiche und Branchen konzentrieren müssen, die für die Entwicklung unseres Landes besonders wichtig sind. Zugleich gilt es, finanzielle Räume zu schaffen, damit auch danach unterstützende Wirtschaftsförderung für gute Arbeitsplätze möglich ist.

Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung setzen wir auf eine Doppelstrategie. Wir unterstützen die Branchen, in denen unser Land traditionell stark ist. Und wir fördern die Bereiche, in denen wir besonders gute Zukunftschancen haben.

Traditionell stark ist Mecklenburg-Vorpommern im Tourismus. Wir wollen, dass sich die Branche weiter gut entwickelt. Mecklenburg-Vorpommern soll das Tourismusland Nr. 1 in Deutschland bleiben. Die Tourismusförderung werden wir noch stärker auf Möglichkeiten zur Saisonverlängerung und die Qualitätssicherung unserer touristischen Angebote ausrichten. Die Landestourismuskonzeption werden wir fortschreiben. Gleiches gilt für die Konzeption im Kinder- und Jugendtourismus – das sind die Besucher von morgen. Besonderes Augenmerk werden wir auf die Entwicklung des sanften Tourismus im Binnenland richten. Wichtige Zukunftsmärkte sind der Wellness- und Gesundheitstourismus sowie der barrierearme Tourismus. Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern zu einem Top-Reiseziel im barrierefreien Tourismus in Deutschland entwickeln.

Zu den traditionell starken Branchen gehören außerdem die Land- und Ernährungswirtschaft und die maritime Industrie. Unsere landwirtschaftlichen Betriebe gehören zu den besten in Deutschland. Wir wollen sie ebenso stärken wie die sich sehr gut entwickelnde Ernährungswirtschaft. Beide Branchen müssen noch mehr als bisher auf unverwechselbare Produkte aus Mecklenburg-Vorpommern setzen.

In der maritimen Industrie müssen unsere Werften derzeit einen schwierigen Strukturwandel durchlaufen. Sie haben gute Zukunftschancen, wenn ihnen der Umstieg auf den Spezialschiffbau und den Offshore-Bereich gelingt. Wir werden sie auf diesem Weg unterstützen, ebenso wie die zahlreichen maritimen Zulieferbetriebe in unserem Land.

Die Häfen in Mecklenburg-Vorpommern sind heute wichtige Umschlagplätze, längst aber auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bedeutsame Industriestandorte, an denen industrielle Produktion direkt an der Kaikante möglich ist. Wir werden in den kommenden Jahren weitere Flächen in den Häfen aber auch hafennahe Flächen als Industriestandorte vorbereiten, um diesen Standortvorteil noch besser nutzen zu können.

Branchen mit besonders guten Zukunftschancen sind die erneuerbaren Energien und die Gesundheitswirtschaft. Auch in der Kreativwirtschaft, im IT-Bereich, bei Verkehr und Logistik und Automobilzulieferern sehen wir weitere Entwicklungspotenziale.

Branchennetzwerke verbessern die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen einer Branche und stärken zugleich den Außenauftritt. Deshalb werden wir die Vernetzung der wichtigsten Branchen in unserem Land auch zukünftig fördern, ebenso wie die Außenwirtschaftsaktivitäten unserer Unternehmen.

Wirtschaftsförderung

Ziel all unserer Wirtschaftsförderungsmaßnahmen ist es, nachhaltig Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Unternehmen dürfen nur dann gefördert werden, wenn diese Förderung zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beiträgt. Dabei ist eine Förderung sowohl in der Startphase als auch bei Erweiterungen möglich. Die Förderung soll tarifliche Entlohnung in noch stärkerem Maße als bisher berücksichtigen. Die in der auslaufenden Legislaturperiode erfolgreich eingeführten Kriterien für „Gute Arbeit“ in der Wirtschaftsförderung und beim Einsatz der EU-Fonds müssen evaluiert und erweitert werden. Insbesondere tarifliche Entlohnung und unbefristete sozialversicherungspflichtige Dauerarbeitsplätze müssen wichtige Kriterien bei der Vergabe von Fördermitteln sein.

Auch wenn sich in den vergangenen Jahren eine Reihe namhafter Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern angesiedelt haben, zeichnet sich unser Land immer noch durch eine vergleichsweise niedrige Industriedichte aus. Wir werden deshalb die Standortoffensive fortsetzen. Investoren finden bei uns gut erschlossene Gewerbeflächen und hoch qualifizierte und gut motivierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor. Wir werden alle seriösen Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben weiterhin kompetent, schnell und aus einer Hand begleiten.

Existenzgründungen tragen ebenso zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Mecklenburg-Vorpommern braucht noch mehr einheimische Unternehmen, um weiter dynamisch wachsen zu können. Wir werden Gründerinnen und Gründer bei ihren ersten Schritten unterstützen: Durch gezielte Beratung und die Vernetzung mit bereits erfolgreich tätigen Unternehmen sowie durch gezielte Förderprogramme. Weiter unterstützen werden wir die Technologie- und Gründerzentren, in denen viele heute erfolgreiche Unternehmen gestartet sind.

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft ist besonders stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Das Handwerk und der gewerbliche Mittelstand bilden das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern ist eine gesicherte Mittelstandsfinanzierung eine notwendige Voraussetzung.

Dem Mittelstand und Handwerk muss insbesondere der Zugang zu Eigenkapital und Innovations- und Technologieförderprogrammen erleichtert werden. Gerade wachstumsorientierte Unternehmen und Start-ups verfügen meist nicht über genügend eigene finanzielle Mittel, um Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu erhöhen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass

unter Einbeziehung der Bürgschaftsbank Mecklenburg-Vorpommern und der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern der Zugang zu privatem und öffentlichem Kapital gewährleistet wird.

Für zukünftiges Wirtschaftswachstum brauchen wir mehr Investitionen. Die Bereitstellung von Wagniskapital gerade für innovative neue Unternehmen wird immer wichtiger. Wir werden prüfen, ob ein Landesprogramm zur vorübergehenden Kapitalbeteiligung an Unternehmen als neues Instrument der Wirtschaftsförderung in Mecklenburg-Vorpommern zusätzliche positive Impulse geben könnte.

Ein Problem für bereits am Markt etablierte, kleinere eigentümergeführte Unternehmen ist oft die Suche nach einer geeigneten Nachfolge in der Firmenleitung. Wir werden deshalb die Übernahme von Firmen durch geeignete Nachfolgerinnen und Nachfolger begleiten. Dabei muss auch die Übernahme ohne familiäre Bande gefördert werden, wenn wir die erfolgreich tätigen Unternehmen und deren Arbeitsplätze sichern wollen.

Voraussetzung für die gute Entwicklung sowohl neuer wie auch etablierter Firmen ist die Förderung von Innovation und Technologie. Um Forschung, Entwicklung und Innovation an die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft auszurichten, unterstützen wir weiterhin Kooperationen von Unternehmen mit Hochschulen sowie außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Dabei wollen wir die Verbundforschungsförderung weiterführen und diese auf die Zukunftsfelder Energie, Maschinenbau, Ernährung und Gesundheit konzentrieren.

Die Digitalisierung stellt unsere Unternehmen vor große Herausforderungen, eröffnet diesen aber auch Chancen. Industrie 4.0 bildet das Potenzial für neue Geschäftsmodelle und ein neues Arbeiten. Wir wollen Mittelstand und Handwerk bei der Digitalisierung und der Anwendung von Industrie 4.0 begleiten und deren Umsetzung in der Arbeitswelt durch Konzepte zum Thema „Arbeit 4.0“ unterstützen.

Die bessere Wahrnehmung Älterer im Wirtschaftsleben kann innovative Beschäftigungsfelder verstärkt erschließen. Altersgerechte Produkte und Dienstleistungen werden immer wichtiger und stellen eine Marktlücke dar. Die Wirtschaft sollte sich darauf einstellen.

Gute Arbeitsplätze

Das Ziel der SPD in Mecklenburg-Vorpommern sind gute Arbeitsplätze, die Möglichkeiten zur beruflichen Entfaltung bieten, und Löhne, die endlich zu denen in Westdeutschland aufschließen. Das ist für uns gleichermaßen eine Frage der sozialen Gerechtigkeit wie auch der wirtschaftlichen Vernunft. Mecklenburg-Vorpommern wird im Wettbewerb um gute Fachkräfte nur mithalten können, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer faire Löhne erhalten und unter guten Arbeitsbedingungen arbeiten.

In den kommenden Jahren muss nach unserer Überzeugung vor allem das Lohnniveau steigen. 2015 ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn in Deutschland in Kraft getreten, für den

sich die SPD in Mecklenburg-Vorpommern viele Jahre eingesetzt hat. 2017 werden die letzten Übergangsregelungen auslaufen. Der Mindestlohn ist ein großer sozialer Fortschritt in Deutschland. Er muss jetzt konsequent umgesetzt werden.

Die SPD setzt sich auf Bundesebene zur Wiedereinführung der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein.

Mecklenburg-Vorpommern wird im Wettbewerb um Fachkräfte nur mithalten können, wenn auch in den Gehaltsgruppen darüber das Lohnniveau steigt. Die Festlegung von Löhnen ist Sache der Tarifpartner. Wir werben deshalb gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft dafür, dass möglichst viele Unternehmen der Tarifgemeinschaft beitreten und sich verpflichten, Tariflohn zu zahlen. Denn dort, wo Tariflohn gezahlt wird, fallen die Löhne meist höher aus als im tarifungebundenen Bereich. Tariflohnzahlung darf kein Wettbewerbsnachteil bei der Vergabe öffentlicher Aufträge sein. Außerdem ist die Lohnangleichung zwischen Ost und West weiter fortgeschritten. Starke Gewerkschaften und eine weitgehende Tarifbindung sind die besten Voraussetzungen für gute Löhne. Nur so erreichen wir unser ganz wichtiges Ziel: endlich gleiche Löhne in Ost und West.

Für gleiche Arbeit müssen auch gleiche Löhne gezahlt werden. Frauen erhalten oftmals noch immer für die gleiche Arbeit einen niedrigeren Lohn als Männer. Wir unterstützen die Initiative unserer Bundesfamilienministerin, die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen gesetzlich festzuschreiben. Außerdem treten wir dafür ein, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen. Wir werden gemeinsam mit der Wirtschaft eine landesweite Kampagne „Frauen in Führungspositionen“ ins Leben rufen. In der Landesverwaltung setzen wir unsere gezielte Politik fort, durch gezielte Förderung, durch Netzwerkbildung und ein Mentoringprogramm den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter zu steigern.

Außerdem werden wir die geplanten Initiativen der Bundesregierung unterstützen, um den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit zu beenden. Wir setzen uns für eine deutliche Verringerung befristeter Arbeitsverhältnisse ein. Ebenso werden wir uns auf Bundesebene für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung einsetzen. Auch den Missbrauch von Werkverträgen zum Zweck des Lohn- und Sozialdumpings sowie von Praktikumsverhältnissen verurteilen wir.

Gute Arbeitsbedingungen stärken unsere Position im Wettbewerb um Fachkräfte und tragen zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Besonders wichtig ist uns, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Beruf und Kinder bzw. Beruf und Pflege gut miteinander verbinden können. Wir begrüßen, dass viele Unternehmen im Land inzwischen familienfreundliche Bedingungen wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten bieten. Alle anderen fordern wir auf, diesem positiven Beispiel zu folgen. Zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben werden innovative Maßnahmen und Projekte unterstützt, die diesen Gedanken auch an die klein- und mittelständischen Unternehmen herantragen und für sie umsetzbar machen. In der Landesverwaltung werden wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit gutem Beispiel vorangehen. Gute Arbeit bedeutet für uns gesunde Arbeit. Arbeit darf nicht krank machen. Daher begrüßen wir alle Maßnahmen, die zur Gesunderhaltung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsprozess beitragen.

Fachkräfte

Die SPD richtet ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf den ersten Arbeitsmarkt aus, ohne die besonderen Bedürfnisse vor allem von Langzeitarbeitslosen aus den Augen zu verlieren. Wir wollen die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt fortsetzen und gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften den notwendigen Fachkräftebedarf sichern. Dazu werden wir das Fachkräftebündnis fortsetzen und die gemeinsam vereinbarten Maßnahmen umsetzen.

Der beste Schutz vor späterer Arbeitslosigkeit ist eine fundierte berufliche Ausbildung. Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt hat sich in Mecklenburg-Vorpommern erfreulicherweise deutlich verbessert. Wir brauchen auch in Zukunft ausreichend berufliche Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen, die bei uns in Mecklenburg-Vorpommern eine Berufsausbildung absolvieren wollen. Hinzu müssen gute Ausbildungsbedingungen, -inhalte und angemessene Vergütungen kommen. Um dies zu gewährleisten, werden wir uns auf Bundesebene und in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften für die Einführung einer Mindestauszubildendenvergütung einsetzen. Um Möglichkeiten zu eröffnen, eine berufliche Ausbildung nachzuholen, unterstützen wir Modellprojekte zur Teilzeitausbildung bzw. zu modularen Ausbildungsbausteinen, die auch neben der Arbeit absolviert werden können. Gerade für den Umstieg in einer späteren Lebensphase oder für zugewanderte Menschen kann dies ein Schlüssel für den Einstieg oder Wiedereinstieg in Beschäftigung sein.

In den Jahren nach 1990 haben viele – vor allem junge – Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unser Land verlassen, weil sie anderswo bessere berufliche Chancen gesehen haben. Wir wissen, dass viele von ihnen gerne nach Mecklenburg-Vorpommern zurückkehren würden. Wir werden deshalb die Rückholagentur MV4you weiter unterstützen, um mit gezielten Kampagnen Fachkräfte nach Mecklenburg-Vorpommern zurückzuholen und neue Fachkräfte für unser Land zu gewinnen.

Der Wettbewerb um Fachkräfte wird in den kommenden Jahren härter werden. Das macht es den Unternehmen schwerer, eröffnet aber erheblich bessere Beschäftigungsmöglichkeiten. Viele der heute noch Arbeitslosen werden, vor allem mit Unterstützung der Job-Center und Arbeitsagenturen, wieder Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt finden.

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz, auf den die Gesellschaft und die Wirtschaft nicht verzichten können. Ältere müssen aber auch weiterhin die Chance haben, bis zum Renteneintrittsalter zu arbeiten. Die Einrichtung von altersgerechten Arbeitsplätzen oder auch Teilzeitmodelle können dem Rechnung tragen. Auch mehr Menschen mit Behinderungen müssen in Beschäftigung gebracht werden, um ihnen ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Unser Arbeitsmarkt braucht die Kompetenzen Aller.

Die gute Beschäftigungslage bietet aber auch neue Chancen für eine große Zahl derer, die bisher aufgrund verschiedener Vermittlungshindernisse über Jahre nicht in Arbeit vermittelt werden konnten. Deshalb muss es die wichtigste Aufgabe und das wichtigste Ziel jeder Arbeitsmarktpolitik sein, die erforderliche Hilfestellung bei der Überwindung der bisherigen Einstel-

lungshindernisse zu geben. Wir werden die Arbeitsagenturen und Jobcenter bei dieser wichtigen Aufgabe engagiert unterstützen.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Jobcenter mit besseren Ressourcen ausgestattet werden. Diese müssen in der Lage sein, mehr Langzeitarbeitslose wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen oder ihnen über öffentlich geförderte Beschäftigung Möglichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe zu eröffnen. Ergänzend werden wir auf Landesebene mit unseren Integrations- und Kleinprojekten die Arbeit der Arbeitsagenturen und Jobcenter flankieren. Für hilfsbedürftige Familien setzen wir weiter auf das Instrument der Familiencoaches, die Familien mit mehreren Langzeitarbeitslosen durch gezielte Beratung an den Arbeitsmarkt zurückführen sollen.

Um Arbeitslosigkeit gar nicht erst eintreten zu lassen, muss auch die berufsbegleitende Qualifizierung und Weiterbildung unterstützt werden. Entsprechende Programme der Bundesagentur für Arbeit werden von uns unterstützt. Wir stärken mit Bildungschecks und Projekten die berufsbegleitende Weiterbildung und Qualifizierung, insbesondere auch von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Anspruch auf bezahlte Freistellung (Bildungsurlaub) nicht nur jährlich gewährt werden kann, sondern dass die Zusammenfassung des Anspruches von zwei Jahren ermöglicht wird.

Arbeit ist ein wichtiger Baustein für die Integration in unsere Gesellschaft. Deshalb wollen wir auch Flüchtlingen schnell Perspektiven für den Arbeitsmarkt aufzeigen. Wir unterstützen die Jobcenter und Agenturen für Arbeit, in dem unsere Integrationsfachdienste Migration eine zügige Beratung organisieren, die Feststellung von Kompetenzen unterstützen und ergänzend Qualifizierungen und Projekte anbieten.

Energiewende

Deutschland hat im Jahr 2011 eine historische Entscheidung getroffen. Binnen zehn Jahren sollen alle Atomkraftwerke in Deutschland stillgelegt werden. Zugleich sollen die erneuerbaren Energien deutlich ausgebaut werden. Wir halten diese Entscheidung für richtig. Die Atomkraft ist eine gefährliche Technologie, in der Unfälle schreckliche Folgen haben und deren radioaktiver Abfall uns schon heute vor riesige Probleme stellt. Die Stromerzeugung aus Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse oder Wasserkraft ist umweltfreundlicher, klimaschonender, kostengünstiger und sicherer. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zu den Beschlüssen von Paris 2015 zum Klimaschutz.

Wir wollen die großen wirtschaftlichen Chancen der Energiewende für unser Land nutzen. In den vergangenen 15 Jahren ist eine komplette Wertschöpfungskette entstanden, die von Planungsbüros über Windkraftanlagenhersteller und ihre Zulieferer bis zu Handwerksbetrieben reicht, die sich auf die Montage und Wartung von Anlagen spezialisiert haben. Die erneuerbaren Energien sind gerade für viele mittelständische Unternehmen ein immer wichtiger werdendes Tätigkeitsfeld. Die Chancen für unsere bestehenden Unternehmen, mit ihren Produk-

ten bei der Herstellung vor allem von Windkraftanlagen ein weiteres wirtschaftliches Feld zu erschließen, wollen wir ebenso gezielt unterstützen wie auch die Neuansiedlung von Unternehmen, die bisher nicht in unserem Land produzieren. Von besonderer Bedeutung ist auch die Offshore-Windkraft. Hier entstehen neue Chancen auf Arbeitsplatzsicherung und Werte-Erhalt.

In den kommenden Jahren wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter fortsetzen. Damit leisten wir unseren Beitrag zum Gelingen der Energiewende in ganz Deutschland. Wir wollen, dass Mecklenburg-Vorpommern als Exporteur von Strom auf Basis erneuerbarer Energieträger und Industriestandort besonders von der Energiewende profitiert.

Erforderlich ist dazu vor allem der Bau weiterer Windparks auf See. Sie können die großen Strommengen liefern, die ein Industrieland wie Deutschland braucht. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Ausbau der Windkraft auf See erfolgreich fortgeführt werden kann. Dafür sind stabile Rahmenbedingungen nötig.

Auch an Land müssen weitere Windparks entstehen und alte Anlagen gegen neue und leistungsfähigere ausgetauscht werden. Hier werben wir für die Akzeptanz der Windenergie. Denn während der Atomausstieg und der Ausbau der erneuerbaren Energien im Grundsatz von einer großen Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt werden, haben sich in den vergangenen Jahren an vielen Orten Initiativen gegen den Bau von neuen Anlagen gebildet. Wir nehmen diese Proteste ernst und werden uns, wo immer dies möglich ist, für Lösungen mit möglichst geringen Beeinträchtigungen einsetzen. Auf den Ausbau der erneuerbaren Energien verzichten können und werden wir aber nicht.

Als störend wird bei Windkraftanlagen an Land beispielsweise häufig das Blinken der Warnbeleuchtung der Anlagen empfunden. Schon heute wird dieses Problem bei einigen Windparks technisch so gelöst, dass sich die Warnbeleuchtung nur dann anschaltet, wenn der Luftraum rund um den Windpark durchquert wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese technischen Lösungen flächendeckend eingeführt werden.

Die Akzeptanz der erneuerbaren Energien erhöht sich, wenn der persönliche Nutzen gesehen wird, wenn es zum Beispiel die Möglichkeit einer direkten Beteiligung gibt. Wir haben deshalb ein Gesetz auf den Weg gebracht, das es Kommunen wie auch Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich an Windparks in ihrer unmittelbaren Umgebung zu beteiligen und so finanzielle Vorteile zu sichern. Von dieser Möglichkeit muss nun konsequent Gebrauch gemacht werden. Es gilt, weitere Anreize für die Nutzung der Solarenergie zu schaffen.

Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende ist, dass der dezentral erzeugte Strom auch abtransportiert werden kann. Hierzu müssen die Netze weiter ausgebaut werden. Das gilt für den Bau großer Stromtrassen, die den an der Küste erzeugten Strom in die Ballungsgebiete im Westen und Süden Deutschlands abtransportieren, ebenso wie für den intelligenten Ausbau der regionalen Stromnetze. Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die Netzausbaukosten fair auf alle Bundesländer verteilt werden. Der Umstieg auf die erneuerbaren Energien ist eine nationale Aufgabe. Es kann nicht so bleiben, dass die Regionen, die wie Mecklenburg-

Vorpommern beim Ausbau der erneuerbaren Energien vorangehen, mit finanziellen Nachteilen belastet werden.

Neben der Stromversorgung muss auch die Wärmeversorgung stärker als bisher auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Bei der „Wärmewende“ bieten Biomasse und Solarenergie wichtige Potenziale. Die Wärmeerzeugung aus regenerativen Quellen ermöglicht regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe, von denen beispielsweise unsere heimischen Handwerksbetriebe bei Installation und Service oder Land- und Forstwirtschaftsbetriebe bei der Beschaffung des zur Wärmeerzeugung erforderlichen nachwachsenden Rohstoffes profitieren können. Wir werden weiter den Aufbau von Bio-Energiedörfern unterstützen, die auf der Basis von erneuerbaren Energien ihren Energiebedarf komplett selbst decken.

Großes Potenzial bietet auch die Kraft-Wärme-Kopplung. Um die bei der gewerblichen und industriellen Produktion entstehende Abwärme optimal zu nutzen, unterstützen wir den Ausbau weiterer Nahwärmenetze.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Energiewende ist die Erhöhung der Energieeffizienz. Maßnahmen zur Energieeinsparung werden von uns weiter mit Hilfe von EU-Mitteln gefördert.

Ein Schwerpunkt unserer Forschung und Entwicklung soll deshalb im Bereich der erneuerbaren Energien liegen. Wir werden das von uns eingeleitete Landesforschungsprogramm für Windkraft, Speichertechnologien und Netzstabilität in der kommenden Wahlperiode fortführen. Der Erfolg der Energiewende wird letztlich davon abhängen, ob es gelingt, möglichst schnell durch innovative und nachhaltige Lösungen die Wettbewerbsfähigkeit der Erzeugung aus erneuerbaren Energien zu erreichen. Daran arbeiten wir.

Ein weiterer wichtiger Baustein der Energiewende ist für uns die Elektromobilität, also der Einsatz von Elektromotoren in Autos. Sie macht nicht nur Verbrennungsmotoren mit all ihren schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt überflüssig. Sie eröffnet auch, im Grunde als laufende Speichermöglichkeit, die gleichmäßige Nutzung der Energieerzeugung aus erneuerbaren Energien. Sie birgt auch Potenziale für die Wirtschaft und kann Arbeitsplätze in der Automobil- und Zuliefererindustrie sowie in der Elektro- und Umwelttechnologiebranche schaffen. Es ist wichtig, die für Elektrofahrzeuge notwendigen Umstrukturierungen der Energie- und Infrastrukturbereitstellung einzuleiten. Außerdem werden wir Forschung und Entwicklung auf diesem Gebiet fördern.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird beim Ausbau der erneuerbaren Energien selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Sie wird ihren Strombedarf weiterhin komplett aus erneuerbaren Energien decken. Außerdem wird das Land bei der Sanierung öffentlicher Gebäude auch die Energieeffizienz und die Eigenstromerzeugung aus Erneuerbaren Energien erhöhen. Das ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern spart auch Kosten für die öffentliche Verwaltung.

Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft passt besonders gut zu den natürlichen Gegebenheiten des Landes, in dem Menschen Ruhe finden, Erholung suchen und die saubere Luft und das besonders gute

Klima schätzen. Die unverwechselbare Kombination aus Natur, Meer, Wäldern und der besonderen Ruhe und Gelassenheit unserer Menschen machen Mecklenburg-Vorpommern für unsere Gäste und Erholungsuchenden zu einem natürlichen Gesundheitsland. Durch die gezielten Anstrengungen der vergangenen Jahre ist es gelungen, dieses Potenzial zu heben und deutlich auszubauen. Die Gesundheitswirtschaft ist mit zwischenzeitig mehr als 100.000 Beschäftigten eine der tragenden Säulen der Wirtschaft unseres Landes geworden.

Dieser Weg ist neben den Anstrengungen der vielen Beschäftigten und Aktiven im Feld der Gesundheitswirtschaft insbesondere auch das Resultat einer strukturierten und zielorientierten Herangehensweise von Gesundheitswirtschaft, Wissenschaft und Landesregierung im Rahmen der eng abgestimmten Arbeit des Kuratoriums Gesundheitswirtschaft. Das Kuratorium hat den unter der SPD-geführten Landesregierung erarbeiteten Masterplan Gesundheitswirtschaft mit Leben erfüllt und die darin vorgesehenen Maßnahmen ausgewertet und in fünf Arbeitsgruppen inhaltlich weiter untersetzt und zur Umsetzungsreife entwickelt.

Wir werden die enge Zusammenarbeit von Regierung, Parlament, Wirtschaft und Wissenschaft im Kuratorium Gesundheitswirtschaft fortsetzen. Den bis 2020 reichenden aktuellen Masterplan Gesundheitswirtschaft werden wir konsequent umsetzen und einen neuen Plan für die Zeit nach 2020 erarbeiten.

Mecklenburg-Vorpommern hat sich als Ergebnis der erfolgreichen Arbeit des Kuratoriums und der Landesregierung mit dem strategischen Instrument des Masterplans in den vergangenen mehr als zehn Jahren einen deutschlandweiten und zwischenzeitig auch internationalen Ruf als wichtiger Kongressstandort für die Gesundheitsbranche erarbeitet. Wir werden dafür sorgen, dass Mecklenburg-Vorpommern diesen erreichten Stand sichert und auch künftig Ausrichter der nationalen Branchenkonferenz Gesundheitswirtschaft bleibt.

Wir werden auch weiterhin die verschiedenen Mitwirkenden und Aktiven der Gesundheitswirtschaft darin unterstützen, neue und unkonventionelle Maßnahmen aus dem Masterplan sowie aus den Ergebnissen der jährlichen Branchenkonferenzen zur Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft umzusetzen und nach Möglichkeit Produkte werden zu lassen.

Wir wollen dabei künftig noch stärker unser Augenmerk darauf richten, die in unseren Hochschulen und im Rahmen der Projekte der Gesundheitswirtschaft entwickelten Ideen und neuen Produkte, vor allem solche der Medizintechnik und neuer Behandlungsmittel sowie -techniken, noch nachhaltiger in Unternehmen und Start-ups unseres Landes zur Marktreife zu führen. Die dafür bereits vorhandenen Unterstützungsmöglichkeiten des Landes, wie die Verbundforschung, werden auf eine nochmalige Erhöhung der Wirksamkeit für die Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft überprüft und angepasst werden.

Denn wir setzen auch im medizinischen Bereich verstärkt auf die Verbundforschung. Bei der Implantatforschung des „RESPONSE“-Projektes unter Federführung der Universität Rostock zeigt sich beispielhaft, dass sich in unserem Land Zentren der Spitzenforschung etablieren konnten. Gemeinsam mit forschenden Unternehmen führen wirtschaftlicher Erfolg und wissenschaftlicher Fortschritt zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in unserem Land und zu neuen wirtschaftlichen Perspektiven.

Wir werden insbesondere die Kooperation der beiden Hochschulmedizinen und der außeruniversitären Forschungseinrichtungen für die Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft weiterhin unterstützen und verstärken. Die gemeinsamen Professuren der beiden Hochschulklinika mit dem Institut für Niedertemperaturplasmaphysik in Greifswald im Bereich der Plasmamedizin sind für die erfolgreiche Weiterentwicklung dieses gesundheitswirtschaftlichen Themenfeldes maßgebliche Voraussetzung. Die Entwicklung weltweit neuer Medizintechnik im Bereich der Wundheilung, insbesondere chronischer Wunden, zeigt die erheblichen Innovationspotenziale, die noch stärker im Land in marktreife Produkte münden sollen.

Auch bei der Erforschung und Nutzung telemedizinischer Anwendungen belegt Mecklenburg-Vorpommern bundesweit einen Spitzenplatz. Das haben wir unseren vielen innovativen Forschungs- und Versorgungseinrichtungen und der gezielten Förderung durch das Land zu verdanken. Hieran wollen wir anknüpfen, die Chancen der Telemedizin nutzen und diese fest in der ambulanten und stationären Versorgung etablieren. Telemedizin kann helfen, weite Wege zu überwinden und medizinische Spitzenversorgung auch in entlegenen Gebieten abzusichern. Wir werden deshalb durch entsprechende Forschungsförderung weitere Anstrengungen zur Verbesserung der Telemedizin unterstützen. Zugleich wollen wir daraus marktreife Anwendungen für andere Regionen entwickeln.

Wir wollen die großen Chancen der Gesundheitswirtschaft noch stärker mit dem Tourismus verbinden und den Gesundheitstourismus als saisonverlängernde Maßnahme deutlich ausbauen.

Verkehrsinfrastruktur

In Mecklenburg-Vorpommern sind seit 1990 riesige Summen in den Ausbau der Infrastruktur investiert worden. Dieser Ausbau ist sehr weit fortgeschritten. Es gibt allerdings auch noch Lücken in der Infrastruktur, an deren Schließung wir in den Jahren 2016 bis 2021 arbeiten wollen. Von ebenso großer Bedeutung ist der Erhalt der nach 1990 neu aufgebauten Infrastruktur.

Beim Straßenbau sind für uns im Zuge eines bedarfsgerechten Ausbaus die wichtigsten Projekte der Bau der A 14 von Wismar über Schwerin und Ludwigslust nach Magdeburg und der Weiterbau der B 96n auf Rügen. Der Tourismus, unsere Häfen, der gewerbliche Mittelstand und die Bürgerinnen und Bürger profitieren gleichermaßen von den schnelleren Verkehrsverbindungen.

Fortgeführt werden soll in den kommenden Jahren der Bau von Ortsumgehungen. Sie sind wichtig, um unsere Städte und Dörfer von Verkehr zu entlasten und die Reisegeschwindigkeit im Land zu erhöhen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die von uns für den neuen Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagenen Projekte möglichst weitgehend in diesen aufgenommen werden und zügig mit der Realisierung erster Projekte begonnen wird.

Mecklenburg-Vorpommern ist als Küstenland auf leistungsfähige Häfen angewiesen. Die SPD wird deshalb den Ausbau der Häfen weiter unterstützen und deren Anbindung weiter verbessern. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Vertiefung der Zufahrt zu den Seehäfen Wismar und Rostock ein. Dies ermöglicht eine weitere Erhöhung des Güterumschlags und damit die

Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Hafen- und Logistikwirtschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten der Nutzung von Landstromanschlüssen im Rahmen eines Modellprojektes unter Einbindung aller lokalen und regionalen Akteure in wenigstens einem Hafen des Landes erprobt werden können.

Die SPD setzt sich für einen starken öffentlichen Personenverkehr ein. Angesichts der Konkurrenz durch Fernbusse plant die Bahn in den kommenden Jahren schrittweise Verbesserungen im Fernverkehr. Wir wollen, dass auch Mecklenburg-Vorpommern von diesen Verbesserungen profitiert und Verschlechterungen beim Fernverkehr verhindert werden.

Für Fern-, Nah- und Güterverkehr gleichermaßen wichtig ist der Ausbau der Bahnstrecke Berlin–Pasewalk–Stralsund auf eine Spitzengeschwindigkeit von 160 km/h. Zur Verbesserung der Verkehrsverbindungen im Ostteil des Landes setzen wir uns für die Wiederherstellung der Bahnlinie Ducherow–Swinemünde/Heringsdorf über Karnin („Karniner Brücke“) ein. Usedom würde dadurch eine deutlich schnellere Bahnverbindung nach Berlin erhalten. Die angespannte Straßenverkehrssituation würde entlastet und damit die Umweltbelastung reduziert.

Um das heute bestehende Angebot im öffentlichen Personennahverkehr im Land aufrechterhalten zu können, ist zwingend erforderlich, dass der Bund die Länder so mit Regionalisierungsmitteln ausstattet, dass sie einen nachfragegerechten Schienennahverkehr anbieten können. Wir werden mit diesen Mitteln vor allem den Nahverkehr auf den besonders nachgefragten Strecken im Land stärken. Dort, wo Schienenverbindungen aufgrund zu geringer Fahrgastzahlen nicht ökonomisch und ökologisch vernünftig betrieben werden können, setzt die SPD auf leistungsfähigen Busverkehr und innovative Lösungen wie Ruf-Bus-Systeme und Anrufsammeltaxis. Um ein Umsteigen zu erleichtern, bedarf es an Bahn- und Busknotenpunkten ausreichend sicherer Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und E-Bikes, an den Grenzen von Kreisen und kreisfreien Städten zudem einer guten Verzahnung der Verkehre der verschiedenen Nahverkehrsanbieter. Innovative und die Mobilität stärkende Nahverkehrskonzepte der Landkreise werden durch uns unterstützt.

Um den Schienenverkehr attraktiver und für alle nutzbar zu machen, wollen wir die Barrierearmut des Nahverkehrs weiter verbessern. Bahnsteige und Haltestellen müssen neu so gebaut werden, dass sie auch für die Älteren oder für Menschen mit einer Behinderung gut erreichbar und nutzbar sind. Auf schon bestehenden Bahnhöfen und Haltestellen müssen Hindernisse soweit wie möglich beseitigt werden, beispielsweise durch den Einbau von Aufzügen und Rampen. Gerade auch für den Tourismus sind familien- und behindertenfreundliche Verkehrslösungen sowie die Verbindung der Küsten- und Binnenlandurlaubsstandorte mit den Zentren und ihren touristischen Highlights eine wichtige Standortvoraussetzung.

Für Touristen und Einheimische gleichermaßen ist ein möglichst weitreichendes Radwegenetz von großer Bedeutung. Die SPD hat deshalb für die Jahre 2014 bis 2016 ein Lückenschlussprogramm für Radwege entlang von Landesstraßen aufgelegt. Dieses Programm wollen wir auch über das Jahr 2016 hinaus fortführen. Ein wichtiges Ziel dabei ist der Schluss von Lücken zwischen Regionalrouten und Radfernstrecken. Bei der Entscheidung, wo der dringlichste Bedarf besteht, hat die Landesregierung die Landkreise intensiv einbezogen. Dieses Modell werden

wir beibehalten. Wir halten es für wünschenswert, dass die Kreise dazu ein auf ihr Gebiet bezogenes Gesamtkonzept für ein Radwegenetz entwickeln, in das auch die Landesstraßen einbezogen werden können.

Die SPD will Rostock-Laage als den zentralen Regionalflughafen des Landes erhalten und weiter stärken. Als wichtige Anreisemöglichkeit wird auch der für den Tourismus bedeutsame Flughafen auf Usedom weiterhin die Unterstützung des Landes bekommen. Ziel muss in den kommenden Jahren eine stärkere Kooperation der Flughäfen Rostock-Laage und Heringsdorf sein.

Digitale Infrastruktur

Deutlich verbessert werden soll in den kommenden Jahren die digitale Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern. Die meisten Bürgerinnen und Bürger nutzen heute ganz selbstverständlich das Internet. Auch die Wirtschaft ist auf schnelle und leistungsfähige Übertragungswege angewiesen. Die SPD will deshalb in der kommenden Wahlperiode in diesem Bereich einen Schwerpunkt setzen. Unser Ziel ist schnelles Internet für alle.

Versorgungslücken gibt es insbesondere noch im ländlichen Raum. Es bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung von EU, Bund, Ländern und Kommunen aber auch der Kommunikationsanbieter, um diese Lücken zu schließen. Nur durch ein gemeinsames Handeln wird es möglich sein, flächendeckend über die Grundversorgung hinausgehende, hochleistungsfähige Zugänge zum Internet zu schaffen.

Wir werden in den Jahren 2016 bis 2018 60 Mio. Euro zur Verfügung stellen, damit möglichst viele Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern am aktuellen Bundesprogramm zum Breitbandausbau teilnehmen können. Damit werden wir über 300 Mio. Euro an Investitionen in den Breitbandausbau in unserem Land auslösen können. Bis zum Ende der Wahlperiode sollen weitere Mittel hinzukommen, um die Lücken bei der Internetversorgung weiter zu schließen und an möglichst vielen Orten im Land schnelle Internetzugänge für alle sicherzustellen. Wir werden prüfen, ob und welche weiteren Rahmenbedingungen für das Land und die Kommunen geschaffen und verbessert werden müssen, um Land und Kommunen eine weitere Unterstützung bei den verschiedenen Ausbaubemühungen für kostenlose WLAN-Hotspots zu ermöglichen. Außerdem halten wir daran fest, dass der Wettbewerb der verschiedenen Breitbandanbieter im Interesse des Verbraucherschutzes ausgewogen bleibt und nicht durch Verstöße großer Wettbewerber gegen die Netzneutralität Nachteile für die Verbraucherinnen und Verbraucher entstehen.

Wir wissen, dass sich die Datenübertragungsraten auch weiterhin erhöhen und wollen deshalb ein langfristig leistungsfähiges Netz schaffen, das vor allem auch kreativen Köpfen und IT-Firmen eine Tätigkeit an nahezu jedem Ort im Land ermöglicht. Deshalb werden wir über die aktuellen Anstrengungen hinaus eine zukunftsfähige Glasfaserstrategie mit klaren Ausbauzielen bis 2030 entwickeln und schrittweise umsetzen. Damit schaffen wir eine wichtige Voraussetzung für die Chancengleichheit von Bürgerinnen und Bürgern und regionaler Wirtschaft in

den ländlichen Regionen. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich auch die EU und der Bund weiter am Internetausbau beteiligen. Dafür werden wir uns einsetzen.

Bauen und Wohnen

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt stellt sich in Mecklenburg-Vorpommern sehr unterschiedlich dar. Während in einigen Regionen nach wie vor hohe Leerstände zu verzeichnen sind, gibt es insbesondere in den Universitätsstädten einen sehr angespannten Wohnungsmarkt.

Gutes und bezahlbares Wohnen ist eine soziale Frage. Für uns geht es darum, dass auch Menschen mit einem geringen und mittleren Einkommen bezahlbare, gute Wohnungen finden. Alleinerziehende, Studierende und Ruheständler sollen auch künftig in unseren Innenstädten leben können. Um Mieterinnen und Mieter vor schnell steigenden Mieten zu schützen, setzen wir uns dafür ein, dass dort, wo die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, von den Möglichkeiten der Mietpreisbremse Gebrauch gemacht wird.

Das Programm für den sozialen Wohnungsbau der Bundesregierung werden wir in den nächsten Jahren konsequent in Mecklenburg-Vorpommern umsetzen. In den Jahren 2016, 2017 und 2018 unterstützen wir die Wiedererrichtung leerstehender Wohnungen durch Zahlung eines Zuschusses in Höhe von 3.000 Euro. Die im Haushalt dafür eingestellten Mittel werden ausreichen, um auf diese Weise die Ertüchtigung von mehr als 2.600 Wohnungen zu ermöglichen. In den Städten, in denen der Wohnungsmarkt besonders angespannt ist, werden wir darüber hinaus auch den Neubau von Wohnungen mit Mietpreisbindung für sozial Schwächere mit einem erheblichen Zuschussbetrag pro Quadratmeter unterstützen. Dabei wollen wir neben privaten und institutionellen Anlegern vor allem kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften als Bauherren gewinnen.

Wir werden darüber hinaus die „Allianz für das Wohnen mit Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern“ ausbauen. Im engen Schulterschluss mit Vertretern der Wohnungswirtschaft sowie des Mieterbundes und des Landesförderinstitutes Mecklenburg-Vorpommern wollen wir den Neu- und Umbau von Wohnungen vor allem im bezahlbaren Marktsegment anstoßen. In den Stadtteilen, die vor ganz besonderen sozialen Herausforderungen stehen, wollen wir das Städtebauförderungsprogramm „Soziale Stadt“ weiter stärken.

Schwerpunkt in unserer Städtebau- und Wohnungsbauförderung wird außerdem die Schaffung von mehr altersgerechten Wohnungen und eines barrierearmen Wohnumfelds sein. Wir werden das Sonderprogramm „Lifte und Fahrstühle, barrierearmes Wohnen“ fortsetzen und ein 20-Millionen-Euro-Programm auflegen, um mehr altersgerechte Wohnungen zu schaffen. Außerdem wollen wir die Landesbauordnung so ändern, dass bereits beim Bau darauf geachtet wird, Wohnungen altersgerecht und barrierearm zu gestalten.

Bei der Modernisierung unserer Städte legen wir ein besonderes Augenmerk auf die Entwicklung auf die Stadtzentren. Die Bebauung im Innenbereich soll Vorrang vor der zusätzlichen Erschließung im Außenbereich haben.

Ländlicher Raum und Landwirtschaft

Mecklenburg-Vorpommern ist größtenteils ländlicher Raum. Viele Dörfer in unserem Land haben in den vergangenen Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen. Dazu haben Förderprogramme mit ganz erheblichen Summen beigetragen. So wurden in den vergangenen Jahren ca. 37.500 Projekte, unter anderem in den Bereichen Kita, Schule, Gesundheitsversorgung, Sportstätten, Abwasserentsorgung mit über 1,3 Mrd. Euro unterstützt. Durch unsere erfolgreiche Arbeit haben wir maßgeblich dazu beigetragen, das reiche kulturelle, natürliche, soziale und wirtschaftliche Erbe der ländlichen Räume nicht nur nachhaltig zu erhalten, sondern auch zukunftsfähig zu gestalten und weiterzuentwickeln. Für uns gilt der Grundsatz von Ökonomie, Ökologie und sozialer Verantwortung.

Die Bürgerinnen und Bürger in ländlichen Gemeinden benötigen neben Arbeit auch zukünftig wohnortnahe Einrichtungen der Daseinsvorsorge, bezahlbare Mobilität, Zugang zu einer leistungsfähigen Breitbandversorgung, ein gut entwickeltes und leistungsfähiges System der Gesundheitsversorgung und der Pflege sowie ein vielfältiges Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot.

Dafür bedarf es unterschiedlicher, kreativer Lösungen vor Ort. An vielen Orten im Land werden diese Ideen bereits entwickelt. Um die Aktiven besser miteinander zu vernetzen und Expertenrat aus der Wissenschaft einzubinden, haben wir das Forum „Ländliche Entwicklung und Demografie“ ins Leben gerufen, das Strategien für den ländlichen Raum entwickeln soll.

Unsere Landwirtschaft hat sich in den vergangenen 25 Jahren gut entwickelt. Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern als wichtigen Agrarstandort weiter festigen und die Wertschöpfung im ländlichen Raum erhöhen. Wir stehen zum Leitbild einer modernen, umweltgerechten und wettbewerbsfähigen Landwirtschaft mit unterschiedlichen Strukturen und Produktionsweisen, die regionalen Stoffkreisläufen Rechnung trägt.

Den ökologischen Landbau als nachhaltigste und ressourcenschonendste Form der Landwirtschaft werden wir weiter gezielt unterstützen. So werden wir die Flächenförderung um ca. 42 Mio. Euro auf insgesamt 167 Mio. Euro in der aktuellen Förderperiode erhöhen. Unser Ziel ist es, den ökologischen Landbau von derzeit 122.000 ha auf ca. 150.000 ha auszudehnen um damit der gestiegenen Nachfrage nach Bioprodukten besser gerecht zu werden und gleichzeitig einen Beitrag zum Schutz unserer natürlichen Ressourcen zu leisten. Zudem wollen wir ein Programm zur Minimierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln auf den Weg bringen.

Die landwirtschaftlichen Betriebe sehen sich mit einem stetigen gesellschaftlichen Wandel konfrontiert. Wir nehmen die veränderten Wünsche der Verbraucherinnen und Verbraucher sehr ernst. Wir treten daher dafür ein, dass sich im gesamten Marktgefüge die Größenordnungen der Stallneubauten nach wissenschaftlichen Parametern begrenzen. Zu den Parametern zählen u.a. der Tierschutz, der Umweltschutz, die Wirtschaftlichkeit, die Flächenausstattung und die räumliche Verträglichkeit. Ställe in der Größenordnung wie die Schweinemastanlage in Alt Tellin lehnen wir weiterhin ab. Hierfür werden wir uns auch auf EU- und Bundesebene einsetzen, da nur auf diesen Ebenen entscheidende Weichen für die Agrarstruktur gestellt werden.

Wir werden bei der Agrarförderung das Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ konsequent weiter verfolgen. Dazu gehört beispielsweise, dass wir Agrarunternehmen besonders fördern, die über die gesetzlichen Tierschutzmindeststandards hinausgehen. Das Tierschutzkonzept des Landes werden wir konsequent umsetzen. In der Nutztierhaltung werden wir nicht nur die Diskussion um Obergrenzen fortsetzen, sondern auch die Frage beantworten, wieviel Personal für eine tierartgerechte und am Tierwohl orientierte Nutztierhaltung notwendig ist. Daraus wollen wir ein Modell für alle Tierarten entwickeln, das deutschlandweit beispielgebend ist.

Die Ernährungswirtschaft ist eine wichtige Branche für unser Land. Wir wollen dazu beitragen, das positive Image der Ernährungswirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern sowie der Lebensmittel, die im Land produziert werden, weiter zu stärken und den Produktabsatz national und international weiter zu steigern. Im Zusammenspiel mit Gesundheits- und Tourismuswirtschaft sind zukünftig noch größere Chancen für die Branche zu erwarten. Unsere Politik ist deshalb darauf gerichtet, der Marke „MV“ noch stärker ein unverwechselbares Gesicht zu geben. Die Kernkompetenz „Ernährungswirtschaft“ soll flankiert durch das Landesmarketing und die Wirtschaftsbeteiligten stärker in den Fokus gerückt werden. Produktqualität, Übersichtlichkeit und Glaubwürdigkeit sind entscheidende Eckpunkte einer positiven Markenbildung.

Die Fischerei gehört zu Mecklenburg-Vorpommern und soll erhalten werden. Dazu müssen wir auch neue Wege gehen. Unser Ziel ist es, in allen Bereichen der Fischwirtschaft wirtschaftlich starke Unternehmen in unserem Land zu haben, die die ökologische Nachhaltigkeit und das Tierwohl achten. Ein wichtiges Zukunftsfeld ist die Aquakultur. Hierfür wollen wir Unternehmen und Wissenschaft zu weiteren Aktivitäten anregen. Wichtig ist auch eine noch engere Verzahnung von Fischerei, Ernährungswirtschaft und Tourismus.

Umwelt

Mecklenburg-Vorpommern zeichnet sich durch eine weitgehend intakte Natur aus. Wir wollen sie in den nächsten Jahren weiter schützen und erhalten.

Die nachhaltige Sicherung von sauberem Grundwasser als Grundlage der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigem Trinkwasser, frei von Schadstoffen und Mikroverunreinigungen, ist eine der wichtigsten strategischen Umweltaufgaben. Mit einer Grundwassersicherungsstrategie sollen die Grundwasserqualität und die Kontrolle der Nutzung von Flächen in Trinkwassersicherungs- und Wasserschutzgebieten weiter ausgebaut werden. Zur Wiedererreichung eines gesunden ökologischen Zustands der Gewässer wird das Land bis zu 30 Mio. Euro für den Erwerb von Flächen des Bundes bereitstellen, die zur erfolgreichen Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie notwendig sind. Damit sichern wir auch zukünftigen Generationen eine gesunde, natürliche Umwelt.

Für den Artenschutz und den Erhalt der Artenvielfalt werden wir das Biodiversitätskonzept weiter umsetzen und konkretisieren. Mit der „Waldaktie“ und den „Moor-Futures“ sowie dem Streuobstgenussschein haben wir für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen Möglichkeiten und Förderungen geschaffen, einen besonderen eigenen Beitrag zum Schutz der Na-

tur und des Klimas sowie der Artenvielfalt zu leisten. Diese Angebote werden wir fortsetzen und weiter ausbauen.

Unsere Wälder müssen geschützt und nachhaltig bewirtschaftet werden. Wir werden die Umsetzung der „Waldstrategie 2020“ vorantreiben und dabei verstärkt auf die Schutzziele der Biodiversitätsstrategie setzen. Der Klein- und Kleinstprivatwald wird mit geeigneten Mitteln in die Entwicklung einbezogen. Wir wollen das Holzcluster MV weiter stärken und werden weitere Kultur- und Heilwälder ausweisen. Die Landesforstverwaltung hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich entwickelt. Die Struktur als Einheitsforstverwaltung hat sich bewährt. Daran werden wir festhalten. Durch die Erschließung neuer Geschäftsfelder wird sich die Landesforstanstalt als anerkannter Dienstleister im ländlichen Raum weiter etablieren.

Der natürliche Reichtum unseres Landes hat auch ökonomische und soziale Komponenten: Jährlich kommen viele Menschen zu uns, die eine intakte Natur erleben wollen. Dieser sanfte Tourismus ist mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Damit greifen hier Ökonomie, Ökologie und soziale Stabilität ineinander – diesen Weg wollen wir weitergehen! Um die einzigartige Natur noch besser erlebbar zu machen, werden wir ein Netz an Wanderwegen durch alle anerkannten nationalen Naturlandschaften in unserem Land ausweisen.

Mit dem Bau eines Ersatzhafens in Prerow für den im Kerngebiet des Nationalparks Vorpommersche Boddenlandschaft liegenden Nothafens Darßer Ort schaffen wir die Voraussetzung für eine ungestörte und dem Nationalparkgedanken entsprechende Entwicklung der Natur. Für den Bau des Ersatzhafens stellt das Land ca. 12,5 Mio. Euro bereit.

Moderne Verbraucherpolitik steht für die Stärkung der Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die der Wirtschaft und für den Interessenausgleich im Sinne eines nachhaltigen Konsums und Lebensstils. Verbraucherschutz ist Querschnittsaufgabe aller Politik- und Wirtschaftsbereiche und erreicht damit eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Verbraucherschutz muss ein Prinzip staatlichen Handelns sein. Funktionsfähige Märkte brauchen informierte und kompetente Verbraucher. Die SPD steht für starke Verbraucherrechte. Wichtige Instrumente der Verbraucherpolitik, wie Verbraucherinformation, Verbraucherbildung, Verbraucherorganisation und -vertretung, müssen stark bleiben. Die Rahmenvereinbarung zwischen der Landesregierung und der Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern e.V. soll im bisherigen Umfang fortgeführt werden.

Gute Chancen von Anfang an

Das haben wir für Sie erreicht

- Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein sehr gutes Angebot an Kitaplätzen. 97 Prozent aller Kinder zwischen 3 und 6 Jahren besuchen eine Kita oder haben einen Platz in der Tagespflege. Bei den unter Dreijährigen sind es 56 Prozent. Damit steht Mecklenburg-Vorpommern mit an der Spitze in Deutschland.

- Die SPD hat in den vergangenen 10 Jahren die Landesausgaben für die Kitas mehr als verdoppelt und das Angebot immer weiter verbessert. Wir haben die Elternbeiträge in der Krippe und im letzten Kindergartenjahr abgesenkt, um Eltern zu entlasten. Für Kinder aus finanziell schwachen Familien haben wir ein kostenloses Mittagessen eingeführt. Gleichzeitig haben wir die Qualität in den Kitas verbessert. Die Erzieherinnen und Erzieher haben jetzt mehr Vor- und Nachbereitungszeit und können so besser auf jedes einzelne Kind eingehen. Außerdem haben wir den Betreuungsschlüssel in den Kindergärten von 1:18 auf 1:15 verbessert.
- Seit 2010 haben wir die jährlichen Ausgaben für Schulen um mehr als 100 Mio. Euro erhöht, um die Qualität der schulischen Arbeit zu verbessern und unser Land für junge Lehrerinnen und Lehrer attraktiv zu machen. Mit Erfolg: Noch nie in der Geschichte des Landes konnten so viele junge Lehrkräfte eingestellt werden wie in den vergangenen Jahren. Der Ausbau der Ganztagschulen hat Fahrt aufgenommen, ein Programm gegen Unterrichtsausfall wurde auf den Weg gebracht und bei bundesweiten Schulleistungstudien erreichen wir gute Plätze oder gar Spitzenplätze.
- Besonders wichtig ist uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, dass wir es geschafft haben, die Quote der Menschen ohne regulären Schulabschluss zu halbieren. Dies ist auch ein wichtiger Baustein unseres Schulfriedens für Inklusion, den wir gemeinsam mit CDU und DIE LINKE bis zum Jahr 2023 geschlossen haben. Mit der SPD wird es keine Experimente in der Schulpolitik geben, sondern Kontinuität und Verlässlichkeit bei der Entwicklung der Qualität unserer Schulen und das über Wahlperioden hinweg. Hiervon werden vor allem die Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer, aber auch alle Eltern profitieren.
- In den vergangenen Jahren haben wir die Bedingungen der Hochschulen des Landes finanziell, personell und baulich bedeutend verbessert und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen in starkem Maße gefördert. Die Erfolge zeigen sich auch am steten Zuzug junger Studierender nach Mecklenburg-Vorpommern. Eine wichtige Grundlage für diesen Erfolg sind zusätzliche finanzielle Mittel, die wir im Rahmen der BAföG-Reform dem Wissenschaftsbereich zur Verfügung gestellt haben: Mit mehr als 20 Mio. Euro pro Jahr zusätzlich werden wir die Wissenschaft in unserem Land bis zum Jahr 2020 optimal unterstützen. Hinzu tritt ein Exzellenz-Forschungsprogramm mit einem Umfang von mehr als 28 Mio. Euro.
- Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land voller Kulturschätze und künstlerischer Angebote auf Spitzenniveau. Wir haben die Kulturförderung neu geordnet, die Finanzausstattung um mehr als 20 Prozent erhöht und zahlreiche Leuchtturmprojekte auf den Weg gebracht: Die Sanierung der Schlösser in Ludwigslust, Bothmer, Mirow und Granitz, die Schlossgärten in Güstrow, Neustrelitz und Wiligrad, die Sanierung des Landgestüts in Redefin, der Anbau an

das Staatliche Museum Schwerin, die Sanierung des Deutschen Meereskundemuseums in Stralsund oder die Modernisierung des Museums in Peenemünde.

Das haben wir vor:

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Sie sollen in Mecklenburg-Vorpommern von Anfang an beste Chancen haben – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Deshalb wird die SPD auch in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt beim Thema Familie und Kinder setzen und die Kitas im Land weiter verbessern. Ebenso wichtig sind uns gute Schulen mit gut ausgebildeten, motivierten und kompetenten Lehrkräften, die erstklassigen Unterricht bieten und unsere Kinder bestmöglich individuell fördern. Wir werden die Voraussetzung dafür schaffen, dass der förderpädagogische Bedarf an allen Schulen abgedeckt wird. Daher werden wir die Zahl der Lehrerstellen für die Sonderpädagogik deutlich erhöhen. Für den gelingenden Übergang in ein selbstbestimmtes Leben setzen wir auf attraktive Hochschulen und hochwertige Bildung in Berufsschulen und Weiterbildung. Kunst und Kultur schließlich bereichern und unterstützen das menschliche Zusammenleben, ermöglichen vielfältige Wege der Weltaneignung und werden von uns auf besondere Weise gefördert.

Familien und Kinder

Für die allermeisten Menschen ist die Familie das Wichtigste im Leben. Sie ist Lebensmittelpunkt, bietet Schutz, Sicherheit und gibt Geborgenheit.

Familie bedeutet Vielfalt. Es gibt Familien mit und ohne Trauschein, Alleinerziehende, Regenbogen- und Patchworkfamilien, Familien mit kleinen wie mit erwachsenen Kindern und auch diejenigen Männer und Frauen, die sich um ihre pflegebedürftigen Angehörigen kümmern. Wir wollen diese Familien so annehmen, wie sie sind: bunt und leistungsstark.

Familie ist bestimmend für die Lebensplanung. Eltern stehen häufig unter Druck als „geforderte Generation“, wenn sie eine Familie gründen, im Beruf Fuß fassen und manchmal auch für ihre älteren Angehörigen da sein sollen. Wir wollen, dass Eltern die Familie und den Beruf als doppeltes Glück und nicht als Doppelbelastung empfinden. Unser Anspruch ist es, Familien verlässliche und wirksame Unterstützung zu geben, damit sie ein eigenständiges Leben nach ihren Vorstellungen führen und ihren Kindern ein gutes Aufwachsen ermöglichen können. Die Bedürfnisse von Familien dürfen sich nicht länger der Arbeitswelt unterordnen müssen. Die Arbeitswelt muss familienfreundlicher werden. Dazu braucht es mehr Flexibilität bei den Arbeits- und Betreuungszeiten.

Wir werden besonders familienfreundliche Kommunen und Unternehmen für ihre Anstrengungen auszeichnen. Sie sollen damit Vorbild für andere sein. Fortsetzen werden wir die Zusammenarbeit mit den lokalen Bündnissen für Familie. Sie treten vor Ort engagiert für ein kinder- und familienfreundliches Klima ein.

Kinder müssen vor Missbrauch und Gewalt geschützt werden. Familien und Kinder in Risikolagen haben deshalb unsere besondere Unterstützung. Die von uns eingeführten Maßnahmen, wie das Erinnerungssystem für Vorsorgeuntersuchungen, die Kinderschutz-Hotline, das Kompetenzzentrum „Frühe Hilfen“ oder das Angebot von Familienhebammen, werden wir weiter fortführen.

Kitas

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein sehr gutes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in den Kitas und in der Tagespflege. Das ist doppelt wichtig. Zum einen erhalten die Kinder in unserem Land so von Anfang an die bestmögliche Förderung. Zum anderen erleichtern wir so ihren Eltern, Familie und Beruf gut miteinander zu vereinbaren. Die Kitas sollen deshalb auch in der kommenden Wahlperiode ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Regierungsarbeit sein.

Wir wollen sicherstellen, dass es auch in Zukunft für alle Kinder in Mecklenburg-Vorpommern ausreichend Plätze in Kitas und in der Tagespflege gibt. Deshalb werden wir die vom Bund in den Jahren 2016 bis 2018 zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel so an die Kommunen weiterleiten, dass diese bei Bedarf zusätzliche Kitaplätze schaffen können.

Außerdem wollen wir in den kommenden Jahren weitere Schritte unternehmen, um das Kitaangebot in Mecklenburg-Vorpommern weiter zu verbessern.

1. Entlastung der Eltern: Das erklärte Ziel der SPD ist die beitragsfreie Kita. Alle sich zukünftig ergebenden finanziellen Spielräume werden wir vorrangig für dieses Ziel nutzen. In der kommenden Wahlperiode wollen wir auf dem Weg dorthin weitergehen. Dazu werden wir ein 30-Millionen-Euro-Paket zur Entlastung der Eltern schnüren. Im nächsten Schritt werden wir die Elternbeiträge für die Krippe um weitere 50 Euro pro Monat absenken. Auch die Elternbeiträge für den Kindergarten werden wir (bis auf den bereits abgesenkten Beitrag im Vorschuljahr) um 50 Euro monatlich reduzieren. In einem weiteren Schritt sollen diejenigen zusätzlich entlastet werden, die für zwei oder mehr Kinder Beiträge für Krippe, Kindergarten, Hort oder Tagespflege zahlen. Das Land wird in diesen Fällen die Elternbeiträge für das zweite Kind zur Hälfte und ab dem dritten Kind vollständig übernehmen.
2. Viele Menschen in unserem Land müssen über die übliche Arbeitszeit hinaus oder im Schichtdienst arbeiten. Sie benötigen auch in Randzeiten ein Kinderbetreuungsangebot. Deshalb werden wir Initiativen vor Ort unterstützen, mit denen die Kinderbetreuung in den Randzeiten noch weiter an die Bedürfnisse der Eltern angepasst wird, zum Beispiel durch 24-Stunden-Kitas. Für die Beteiligung des Landes an den zusätzlichen Kosten ist Voraussetzung, dass sich auch die Unternehmen beteiligen, denen die so besser einsetzbare Arbeitskraft der Eltern zugutekommt. Zudem wollen wir in den kommenden Jahren auch die außerschulische Betreuung (Hort, volle Halbtagsgrundschule) weiter verbessern. Hierzu gehört für uns z. B. eine professionelle Ferienbetreuung.

3. Verbesserung der Qualität: Wir wollen die individuelle Förderung der Kinder in unseren Kitas weiter stärken. Dazu streben wir im Land personelle Mindeststandards an. Wir werden die Inklusion in Regeleinrichtungen stärken. Wir sichern Standards für inklusive Kindertageseinrichtungen, also Kinderkrippen, Kindergärten und Horte. Deshalb werden wir die Umsetzung der Bildungskonzeption umfassend evaluieren. Entsprechend der Empfehlung der Expertenkommission Inklusion werden wir die Regelung im KiföG M-V zur alltagsintegrierten Beobachtung und regelmäßigen Dokumentation von Entwicklungsverläufen durch ein standardisiertes und normiertes Untersuchungsverfahren ergänzen. Die Diagnostik werden wir harmonisieren, um Mehrfachdiagnostik zu vermeiden und auf das notwendige Maß zu beschränken. Ebenso werden wir auch weiterhin die Qualitätsoffensive des Bundes aktiv unterstützen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten, Grundschulen und Horten wollen wir verbessern, indem wir sie systematisch zu regionalen Bildungslandschaften verbinden. Als ersten Schritt wollen wir die Horte in den sozialen Brennpunkten in den Blick nehmen und besonders fördern. In den zurückliegenden Jahren haben wir einiges für die Steigerung der Attraktivität des Erzieherberufes erreicht und werden unser Engagement hierfür zukünftig konsequent fortsetzen. Die Qualität der Bildung, Betreuung und Erziehung in den Kitas hängt maßgeblich von den Rahmenbedingungen der Einrichtungen sowie der Motivation und Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ab.

Zur guten Integration von Kindern mit Migrationshintergrund werden wir die Sprach- und Kulturkompetenz der Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen erhöhen.

Wir wollen die Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen den Eltern und den Kindertageseinrichtungen gezielt fördern und die Elternrechte weiter stärken.

Tagesmütter und Tagesväter leisten einen wichtigen Beitrag zur Kindertagesförderung. Wir wollen die Qualität und Finanzierung dieser wichtigen Arbeit weiter stärken.

Jugend

Die jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern brauchen Mitwirkungsmöglichkeiten und Perspektiven in unserem Land. Deshalb wollen wir, dass Beteiligungsrechte auf kommunaler Ebene nach dem Vorbild von Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg festgeschrieben werden.

Der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kommunen werden wir die erforderliche Unterstützung sichern. Auch im ländlichen Raum muss es angemessene Angebote der Jugendarbeit geben. Die Jugend- und Schulsozialarbeit wird noch bis 2020 über den Europäischen Sozialfonds gefördert. Wir wollen auch über das Jahr 2020 hinaus ein flächendeckendes Angebot insbesondere der Schulsozialarbeit sicherstellen.

Die Beteiligung junger Menschen in unserer Gesellschaft schafft eine Basis für eine lebendige und offene Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern. Wirksame Beteiligungsmöglichkeiten fördern die Entwicklung demokratischer Haltungen und ermutigen Kinder und Jugendliche, sich frühzeitig aktiv in die Entwicklung des Gemeinwesens auf jeder Ebene einzubringen.

Wir wollen das aktive Wahlrecht zum Landtag ab dem 16. Lebensjahr einführen sowie wirksame Beteiligungsmöglichkeiten auf örtlicher Ebene schaffen und damit die Grundlagen für gute Rahmenbedingungen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen legen. Mit dem Landesjugendring und anderen Akteuren der Jugendarbeit arbeiten wir weiter eng zusammen. Das ehrenamtliche Engagement junger Menschen, ihre Eigenverantwortung, ihre Teilhabe an der Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Demokratie wollen wir weiter stärken. Analog zum Seniorenmitwirkungsgesetz werden wir Kindern und Jugendlichen bei kinder- und jugendrelevanten Gesetzesvorhaben ein Mitsprache- und Beteiligungsrecht einräumen. Außerdem werden wir mit der „Jugendbrille“ eine Checkliste für alle Politikfelder einrichten, um die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker in den Blick zu nehmen. Eine demografiefeste Finanzausstattung ist unser Ziel.

Junge Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen, brauchen unsere Unterstützung, um eine Chance auf Ausbildung und Arbeit zu erhalten. Deshalb werden wir im Rahmen des Konzeptes „Übergang Schule – Beruf“ die Produktionsschulen weiterhin fördern.

Schule

Wir stehen für ein Schulsystem, in dem alle Kinder und Jugendlichen individuell bestmöglich gefördert werden, um einen ihrem Potenzial entsprechenden höchstmöglichen Bildungsgrad und Schulabschluss zu erreichen. Alle sollen ihre Persönlichkeit sowie ihre Talente in vielfältiger Art und Weise entwickeln können. Hierfür ist Durchlässigkeit zwischen den Schularten und Bildungsgängen und das gemeinsame Lernen unterschiedlicher Kinder und Jugendlicher wichtige Voraussetzung. Nur so können allen die besten Chancen eröffnet werden.

Bei allen Maßnahmen und Reformen in der Schulpolitik stehen wir konsequent für Verlässlichkeit und den Dialog mit allen Betroffenen. Mit der SPD wird es keine Experimente, sondern die Fortsetzung bewährter und gemeinsam verabredeter Wege zu einer besseren Schule für alle Kinder und Jugendlichen geben. Wir stehen zu unserem Wort und werden auch nach der Wahl im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen am „Inklusionsfrieden“ festhalten. Das vom Landtag beschlossene Inklusionskonzept werden wir Schritt für Schritt umsetzen. Bis 2020 werden wir 240 Lehrerstellen für Inklusion zusätzlich zur Verfügung stellen. Dies entspricht langfristig jährlichen Ausgaben von bis zu 18 Mio. Euro für die Zukunft unserer Kinder. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern wird sich in der nächsten Legislaturperiode für eine Fortsetzung der landesseitigen Förderung von notwendigen Schulneubauten und -sanierungen einsetzen. Hierbei wollen wir insbesondere inklusive und moderne Ansätze fördern. Darüber hinaus werden wir dafür Sorge tragen, dass Schulbaumittel des Landes nach einem abgestimmten Ge-

samtkonzept investiert werden. Dabei muss es auch unser Ziel sein, die Attraktivität der staatlichen Schulen weiter zu stärken. Schulen, die schon heute gemeinsam mit Eltern, Schülerinnen und Schülern und dem Schulträger weitere Schritte hin zu einer inklusiven Schule gehen wollen, werden wir unterstützen. Darüber hinaus wollen wir auf der Grundlage erfolgreicher Schulversuche eine Änderung des Schulgesetzes prüfen, um inklusiven Schulen bei der Leistungsbewertung angemessene Gestaltungsspielräume zu geben.

Die Qualität unserer Schulen lebt von den jeweiligen Rahmenbedingungen und der Motivation und Professionalität der dort tätigen pädagogischen Fachkräfte. Wir haben in den vergangenen Jahren viel für die Steigerung der Attraktivität des Arbeitsplatzes Schule getan und werden dies fortsetzen.

Gute Schulen können nur bei kontinuierlicher und umsichtiger Schulpolitik Schritt für Schritt wachsen. Deshalb wollen wir eine besondere Herausforderung der Zukunft, die Digitalisierung des Lebens, verantwortlich gestalten. Hierzu gehört es, den Umgang mit digitalen Medien ebenso zu erlernen wie ihren möglichen Missbrauch kritisch zu reflektieren. Wir bekennen uns daher zur Umsetzung der „Kooperationsvereinbarung zur Förderung der Medienkompetenz in Mecklenburg-Vorpommern“. Künftig soll unter Einbeziehung fächerübergreifender Ansätze ab Jahrgangsstufe 7 das eigenständige Fach „Informatik und Medienbildung“ angeboten werden. Ergänzt wird dieser Schritt durch die Entwicklung eines digitalen Unterrichtshilfenportals zur stärkeren Nutzung moderner Medien im Unterricht. Auch die Lehrerbildung ist entsprechend weiterzuentwickeln.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden mit bis zu fünf Mio. Euro jährlich den Ausbau der Ganztagschulen voranbringen. Die Grundschulen stellen hierbei einen besonderen Schwerpunkt dar. Auch eine bessere Abstimmung zwischen Hort und Grundschule ist hierfür erforderlich. Alle Ganztagschulen sollen sich Schritt für Schritt hin zu inklusiven Ganztagschulen mit multiprofessionellen Teams entwickeln.

Mit der Änderung des Schulgesetzes im Jahre 2015 wurde an Mehrfachstandorten im gesamten Land, auch an den Grundschulen, die Schulwahlfreiheit eingeführt. Als nächsten Schritt wollen wir auch in den kreisfreien Städten Rostock und Schwerin die Eltern von den Kosten der Schülerbeförderung befreien, wenn ihre Kinder zur örtlich zuständigen Schule mehr als 2 km (Grundschule) bzw. 4 km (weiterführende Schule) zurücklegen müssen.

In nur wenigen Jahren konnten wir durch Maßnahmen wie das freiwillige 10. Schuljahr die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss halbieren. Auch haben wir die Gebühren für das Nachholen der Berufsreife und Mittleren Reife abgeschafft und so die Bildungsgerechtigkeit im Land weiter erhöht. Wir werden diese Maßnahmen fortsetzen und mit weiteren Bausteinen zu einem dauerhaften Landesprogramm weiterentwickeln. Schulen sollen noch stärker fördernde Orte des erfolgreichen Lernens für alle Kinder und Jugendlichen werden.

Mit der großen Zahl an Flüchtlingen besuchen immer mehr Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse unsere Schulen. Wir haben von Anfang an u. a. durch zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer dafür Sorge getragen, dass die Beschulung dieser Schülerinnen und Schüler nicht zulasten aller anderen geht. Diesen Weg werden wir auch in Zukunft verantwortungsbewusst fortsetzen. Nur so kann Integration gelingen und sich zum Vorteil aller auswirken.

Aber nicht nur Flüchtlinge erfordern besondere Anstrengungen im Bereich der Schulen. Vor allem im Osten unseres Landes siedeln sich immer mehr junge Familien aus Polen an, die wir herzlich willkommen heißen und integrieren wollen. Wir werden ein langfristiges Konzept auf den Weg bringen, um den Polnisch- und Deutschunterricht in den entsprechenden Regionen bestmöglich auszugestalten.

Viele Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler wünschen sich bundesweit möglichst einheitliche Standards und Prüfungen, damit die Schulabschlüsse vergleichbarer werden. Dies erleichtert den Eltern nicht nur die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt, sondern ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine deutschlandweit gerechte Einschätzung ihrer Leistungen. Wir werden uns weiterhin konsequent für ein vergleichbares Abitur in Deutschland einsetzen. Hierzu gehören nicht nur die Prüfungen, sondern daneben auch Angleichung von Rahmenplänen und Stundentafeln.

Am Abitur nach zwölf Jahren halten wir aufgrund der guten Erfahrungen in ganz Ostdeutschland fest. Allerdings werden wir die Ausgestaltung der gymnasialen Oberstufe überprüfen und – wo nötig – verändern. Hierzu gehört die Überprüfung der Zahl der Hauptfächer ebenso wie die schrittweise Einführung einheitlicher und standardisierter Rahmenpläne in allen Fächern und Schularten.

Schulen sollen nicht nur Wissen vermitteln, sondern wesentlich zur Persönlichkeitsbildung der Schülerinnen und Schüler beitragen. Schulen müssen und sollen daher auch Orte der Demokratievermittlung sein. Deshalb wollen wir im Schulgesetz die Urwahl des Schülersprecher bzw. der Schülersprecherin verankern und darüber hinaus jährlich 100.000 Euro zur dauerhaften Unterstützung von Schülerzeitungen bereitstellen.

Hochschulen und außeruniversitäre Forschung

In den kommenden Jahren wollen wir die Bedingungen an den Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen weiter verbessern. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Sicherstellung der Finanzierung und die Umsetzung der geplanten Bauprojekte an allen Hochschulstandorten im Land. Deshalb stehen wir zur Herstellung von Planungssicherheit zu einer Stellengarantie und werden die Hochschuletats verlässlich und auskömmlich steigern.

Damit auch die soziale Infrastruktur an den Hochschulen im Land dauerhaft gesichert ist, werden wir ab dem Jahr 2017 die Landeszuschüsse je Studierenden für die Verpflegung anhand der Kostenentwicklung angemessen dynamisieren. Darüber hinaus werden wir sicherstellen, dass

das Wirtschaftsministerium seine Zusage einhält, den Studierendenwerken bis zum Jahr 2020 7 bis 8 Mio. Euro an Zuschüssen für den Bau und die Modernisierung von Wohnheimen zu gewähren.

Mit uns wird es auch in Zukunft keine Studiengebühren in Mecklenburg-Vorpommern geben. An anderen Stellen werden wir das Landeshochschulgesetz an aktuelle Erfordernisse anpassen. Gute Arbeit soll auch in der Wissenschaft eine größere Rolle spielen, insbesondere bei den Arbeitsbedingungen für die sehr gut qualifizierten Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Um die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern, wollen wir in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften die personalrechtliche Vertretung von studentischen und wissenschaftlichen Hilfskräften stärken. Den Missbrauch von Lehraufträgen wollen wir bekämpfen. Besonderes Augenmerk werden wir dabei darauf richten, gleiche Chancen für Frauen und Männer zu schaffen, in wissenschaftliche Spitzenpositionen aufzurücken. Auch werden wir die konsequente Ahndung von Plagiaten rechtlich regeln. Der Hochschulzugang sowie die Bedingungen im Studium sind so zu gestalten, dass möglichst alle dazu befähigten Menschen ein Studium aufnehmen und erfolgreich abschließen können. Wir setzen dafür auf eine hohe Qualität in Studium und Lehre.

Am Diplomabschluss halten wir nach wie vor als Qualitätsausweis der Studiengänge fest. Wir werden alle erforderlichen rechtlichen wie politischen Schritte einleiten, um die deutschlandweite Anerkennung unserer Diplomstudiengänge sicherzustellen.

Die optimale Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer werden wir wie in den vergangenen Jahren vorantreiben. Die dauerhafte Absicherung der fachdidaktischen Ausbildung hat dabei besondere Priorität. Auch wollen wir neue Wege in der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Land bei der Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte gehen.

Die Qualität unserer Wissenschaftseinrichtungen entscheidet sich nicht zuletzt an exzellenter Forschung. Deshalb werden wir unsere Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen bei der Teilnahme an Exzellenzwettbewerben auf Bundesebene unterstützen. Hierzu gehört neben der Fortführung des Landesexzellenzforschungsprogramms auch eine Programmlinie für Geistes- und Sozialwissenschaften.

Um die Attraktivität unserer Wissenschaftslandschaft zu sichern, werden wir vor allem unsere investiven Anstrengungen auf hohem Niveau fortsetzen. Für den Hochschulbau wollen wir in den Jahren 2016 bis 2020 über 400 Mio. Euro zur Verfügung stellen, für wissenschaftliche Großgeräte über 60 Mio. Euro.

Berufliche Bildung

Die duale Berufsausbildung gehört zu den wichtigen Standbeinen unserer wettbewerbsfähigen Wirtschaft. Sie wird weltweit geachtet und dient international als Vorbild zur Ausgestaltung der Berufsausbildung. In Deutschland allerdings steht das System der beruflichen Bildung

vor großen Herausforderungen. Vor allem durch die hohe Studierneigung der jüngeren Generation wie auch durch die geburtenschwachen Jahrgänge gibt es nicht die notwendige Anzahl an Bewerberinnen und Bewerbern für die berufliche Bildung. Diese bedarf daher der besonderen politischen Aufmerksamkeit, um den vielleicht wichtigsten Wettbewerbsvorteil der deutschen Wirtschaft nicht zu verspielen.

Auf Initiative der SPD erhalten alle seit dem Jahr 2016, die erfolgreich eine Meisterprüfung bestehen oder vergleichbare Abschlüsse erwerben, im Rahmen der bestehenden Haushaltsansätze eine Leistungsprämie von 1.000 Euro. Damit wollen wir die Wertschätzung der Gesellschaft für das Handwerk stärken. In der nächsten Legislaturperiode werden wir uns dafür einsetzen, diese Prämie auf 2.000 Euro zu verdoppeln. Meister mit besonders herausragenden Abschlüssen sollen eine Leistungsprämie von bis zu 5.000 Euro erhalten. Des Weiteren prüfen wir, inwieweit Berufsausbildungen mit Abitur sowie duale Studiengänge dazu beitragen können, den Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu erhöhen.

Unsere beruflichen Schulen haben in den vergangenen Jahren erhebliche Strukturanpassungen vollzogen. Es ist unser Ziel, die verbliebenen beruflichen Schulen in ihrer heutigen Struktur langfristig zu sichern und die Voraussetzungen für eine erhöhte Planungssicherheit zu schaffen. Hierzu wollen wir mit Experten aus der Schulpraxis, der Wissenschaft und der Wirtschaft das heutige Schulnetz überprüfen und gemeinsam Wege beschreiben, um die Qualität der beruflichen Bildung zu sichern und zu erhöhen. Die in der jetzigen Wahlperiode eingeführte Unterstützung von Berufsschülerinnen und Berufsschülern bei den Fahrt- und Unterkunftskosten, wenn die Ausbildung mit weiten Wegen verbunden ist, werden wir fortsetzen.

Wir haben in den letzten Jahren stark in die Personalausstattung der Berufsschulen investiert. In diesem Zusammenhang haben wir auch ein Modellvorhaben zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls gestartet. Nach Auswertung dieses Modellvorhabens wollen wir die wirksamsten Instrumente zur Verringerung des Unterrichtsausfalls auf alle Berufsschulstandorte ausweiten.

Auch das Land muss seine Verantwortung wahrnehmen, ausreichend attraktive Ausbildungsangebote zu unterbreiten. Wir wollen daher die bestehenden Ausbildungskapazitäten im Hinblick auf den langfristigen Bedarf überprüfen und gegebenenfalls anpassen.

Für die unterstützende Begleitung der lebenslangen Weiterbildung wird auch zukünftig eine Online-Weiterbildungsdatenbank mit integrierter Beratung für alle Menschen zur Verfügung stehen: kostenfrei, neutral und unabhängig.

Weiterbildung und lebenslanges Lernen richten sich insbesondere an ältere Menschen. Weiterbildung ist eine wesentliche Voraussetzung, um im gesellschaftlichen Wandel mithalten zu können. Arbeitgeber sind aufgefordert, mehr Bildungsangebote für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu fördern. Bildungsangebote sollten sowohl altersgerecht als auch generationenübergreifend und kostenfrei angeboten werden.

Kultur

Bildung, die sich auf die bloße Vermittlung von Wissen und Fakten beschränkt, ist uns zu wenig. Zu umfassender Bildung gehört auch, sich die Welt auf emotionale und künstlerische Weise zu erschließen. Kunst und Kultur tragen zur Identitätsbildung der Menschen bei. Kultureller Bildung kommt gerade in Zeiten notwendiger interkultureller Verständigung eine herausgehobene Bedeutung zu.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern verfügt über eine herausragende Sammlung zu seiner Ur- und Frühgeschichte. Wir werden diese archäologischen Bestände in einem neuen Depot zusammenführen und ein Landesmuseum zur Ur- und Frühgeschichte mit ständiger Ausstellung errichten.

Zahlreiche Kulturinitiativen, -vereine und -verbände leisten als freie Träger, oft in enger Verbindung mit ehrenamtlicher Tätigkeit, einen großen Beitrag für eine sehr vielfältige Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Im gesamten Land machen sich zahlreiche Initiativen darum verdient, unsere kulturellen Traditionen wachzuhalten. Ob Tanz-, Folklore- oder Niederdeutschvereine – sie alle tragen dazu bei, dass unser Land seine kulturellen Wurzeln nicht vergisst. Wir werden mit einem Landesprogramm „Meine Heimat – Modernes Mecklenburg-Vorpommern“ diese Initiativen zusätzlich unterstützen.

Wir halten auch weiterhin an der Zusage fest, die Theater und Orchester des Landes mit ihren vielfältigen und herausragenden kulturellen Leistungen dauerhaft in ihrem Bestand zu sichern. Hierzu ist das Land bereit, selbst Träger jener Theater zu werden, die am landesweit koordinierten Umstrukturierungsprozess teilnehmen und die finanziellen Mittel für die Theater regelmäßig zu dynamisieren. Auch bei den erforderlichen investiven Maßnahmen steht das Land zu seiner Verantwortung.

Kulturschaffende hatten es in der Vergangenheit nicht leicht, finanzielle Förderung für notwendige Anschaffungen zu erhalten. Wir werden daher das Landesprogramm „KulturInvest MV“ auflegen, mit dem wir zukünftig die wertvolle Arbeit der Kulturschaffenden im gesamten Land unterstützen, insbesondere auch kleinere Initiativen, die das kulturelle Leben in unserem Land auf vielfältige Weise bereichern.

Unsere Museen und Archive verfügen über zahlreiche kulturelle Schätze. Zugleich besitzen wir mit den Hansestädten Stralsund und Wismar herausragende Weltkulturerbestätten von internationalem Rang. Die Stadt Schwerin strebt gemeinsam mit dem Land an, ebenfalls als Weltkulturerbe anerkannt zu werden. Zur Untermauerung der Anstrengungen des Landes wollen wir ein Landesprogramm zur Bewahrung des kulturellen Erbes von Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg bringen.

Das Historisch-Technische Museum Peenemünde (HTM) zählt zu den größten, wirtschaftlich erfolgreichsten und politisch bedeutsamsten Museen des Landes. Wir stehen auch weiterhin zu unserer gemeinsamen Verantwortung, das Gedenken an die Schrecken des Nationalsozialismus zu bewahren.

lismus wachzuhalten und seiner Opfer würdevoll zu gedenken. Gemeinsam mit Hilfe des Bundes wollen wir die Ausstellung des Museums in Peenemünde nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen modernisieren.

Wir wollen gemeinsam mit der kommunalen Ebene eine digitale Landesbibliothek Mecklenburg-Vorpommern aufbauen und dazu vorhandene Initiativen bündeln. Auf diese Weise kann in einem dünn besiedelten Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern der Zugang zur Literatur auch in der Fläche gesichert werden. Bis 2020 werden wir hierfür jährlich 100.000 Euro zur Verfügung stellen.

Mit der Einrichtung eines Landeskulturrates haben wir in der jetzigen Legislaturperiode neue Wege beschritten. Kulturexpertinnen und Kulturexperten aus Mecklenburg-Vorpommern und ganz Deutschland beraten das Land in allen wichtigen Fragen einer modernen Kulturpolitik. Wir wollen die Arbeit des Landeskulturrates fortsetzen und künftig alle Kreiskulturräte des Landes mit Sitz und Stimme an diesem Gremium beteiligen. Auf diese Weise erhalten Kulturschaffende aller Regionen des Landes eine gewichtige Stimme in der Landeskulturpolitik.

Sozialer Zusammenhalt

Das haben wir erreicht:

- Mecklenburg-Vorpommern ist ein Land, das sich einen starken Zusammenhalt bewahrt hat. Rund jede und jeder Dritte im Land engagiert sich ehrenamtlich für andere. Um die freiwillig Engagierten bei ihrer wertvollen Arbeit noch besser zu stützen, haben wir die neue Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern ins Leben gerufen.
- Wir wollen auch den älteren Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land ein gutes Leben ermöglichen. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode im Landtag die Expertenkommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingerichtet, die konkrete Vorschläge unterbreitet, wie wir die Lebensbedingungen älterer Menschen weiter verbessern können. Wir werden diese Vorschläge sorgfältig prüfen und die besten in die Praxis übernehmen.
- Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein leistungsfähiges Gesundheitssystem. Wir haben die Krankenhäuser im Land seit Beginn unserer Regierungszeit umfassend modernisiert und zugleich innovative Wege der Gesundheitsversorgung etabliert. Der von uns erarbeitete Krankenhausplan sichert den Bestand aller Krankenhäuser im Land.
- Die Armutsquote in unserem Land hat sich deutlich reduziert. Gesetzlicher Mindestlohn und zahlreiche landespolitische Maßnahmen haben diese positive Entwicklung bewirkt. Dies werden wir fortsetzen. Den sozialen Zusammenhalt werden wir dadurch stärken, dass wir die Armut in unserem Land weiterhin bekämpfen.

Das haben wir vor:

Unser Ziel ist ein sozial gerechtes Mecklenburg-Vorpommern, in dem alle Generationen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Deshalb wollen wir in der kommenden Wahlperiode nicht nur bei Familien und Kindern, sondern auch bei den Lebensbedingungen für ältere Menschen einen Schwerpunkt setzen.

Einen großen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt leisten die vielen Ehrenamtlichen im Land. Wir wollen sie auch künftig bei ihrer Arbeit unterstützen.

Für einen starken Zusammenhalt brauchen wir lebendige Kommunen, in denen sich die Bürgerinnen und die Bürger für die Gemeinschaft engagieren. Unser Ziel sind deshalb starke Kommunen und eine starke kommunale Selbstverwaltung.

Ein besonders wichtiges Ziel ist für uns die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Dafür treten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit unserer Gründung ein. In unserer heutigen Zeit bedeutet dies, dass wir bei all unseren Maßnahmen die Auswirkung auf die beiden Geschlechter prüfen. Dort, wo es eine Benachteiligung gibt, werden wir für einen Ausgleich sorgen.

Unser Land hat in den vergangenen Monaten eine große Zahl an Flüchtlingen aufgenommen. Wir empfinden diese Zuwanderung als Bereicherung, wissen aber auch, dass die Integration große Anstrengungen von uns, aber auch die entsprechende Bereitschaft bei den Flüchtlingen erfordert. Dieser Herausforderung werden wir uns stellen.

Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden, brauchen Unterstützung. Das gilt insbesondere bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Wir werden deshalb weiter für eine gute medizinische Versorgung in Mecklenburg-Vorpommern sorgen. Auch in anderen schwierigen Lebenslagen helfen wir, gemeinsam mit den Sozialverbänden und sozialen Organisationen in Mecklenburg-Vorpommern, die wir als Partner sehen.

Besonders wichtig ist uns, dass Mecklenburg-Vorpommern ein demokratisches und weltoffenes Land bleibt. Deshalb wenden wir uns gegen alle rechtsextremen Bestrebungen im Land und stärken all jene, die für Demokratie und Weltoffenheit eintreten.

Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern

Gute Lebensbedingungen für ältere Menschen bedeutet vor allem, ihre Lebensleistung anzuerkennen und ihnen mit Respekt zu begegnen. Dazu gehört für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch eine gerechte Altersversorgung.

Deshalb fordern wir seit langem, dass endlich eine Angleichung der Renten in Ost und West erfolgt. Auf Bundesebene ist bei der Bildung der Bundesregierung auf unser Drängen ein Zeitplan vereinbart worden, der eine Rentenangleichung bis Ende 2019 vorsieht. Im Jahr 2016 soll überprüft werden, ob zur Erreichung dieses Ziels ein Zwischenschritt zur Rentenangleichung vorgenommen werden muss. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hält einen solchen Zwi-

schenschritt für dringend notwendig, um ein deutliches Signal zu setzen, dass die Rentenan-
gleichung endlich kommt. Der weitere Zeitplan bis Ende 2019 muss gesetzlich festgeschrieben
und eingehalten werden.

Deutschland befindet sich in einem tiefgreifenden demografischen Wandel. Unser dünn be-
siedeltes Mecklenburg-Vorpommern ist davon besonders betroffen. Zu den erfreulichen Ent-
wicklungen gehört, dass die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen seit 1990 deut-
lich angestiegen ist. Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung steigt stetig
an. Darauf stellen wir uns ein. Ein wichtiger Partner ist für uns der Landesseniorenbeirat M-V.
Seine engagierte Arbeit werden wir weiter unterstützen.

Wir wollen in den kommenden Jahren die Lebensbedingungen für die älteren Menschen in
Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern. Unser Ziel ist es, dass Selbstbestimmung, Sou-
veränität und Teilhabe der älteren Menschen gewährleistet sind, auch wenn die dafür in Meck-
lenburg-Vorpommern gegebenen Rahmenbedingungen aufgrund der Dünnbesiedlung in unse-
rem Bundesland nicht einfacher werden. Zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge und der Teil-
habe älterer Menschen entwickeln wir seniorenpolitische Gesamtkonzepte, die nachfolgend
genannte Themenbereiche umfassen:

- Wohnen,
- Mobilität,
- Gesundheit/Pflege,
- Bürgerschaftliches Engagement und gesellschaftliche Teilhabe.

Viele Bestandswohnungen entsprechen baulich nicht mehr den Bedürfnissen vor allem älterer
Mieterinnen und Mieter sowie älterer Eigentümerinnen und Eigentümer. Sehr oft können sie
mit einem geringen baulichen Aufwand an die Anforderungen der Nutzerinnen und Nutzer
angepasst werden. Dies für möglichst viele Wohnungen möglich zu machen, wird für uns ein
wichtiger politischer Schwerpunkt in den nächsten Jahren sein. Wir werden deshalb, zusätzlich
zu den heute schon bestehenden Wohnungsbauprogrammen mit ähnlicher Ausrichtung, 20
Mio. Euro für die Förderung entsprechender Modernisierungsvorhaben zur Schaffung barriere-
armer Wohnungen zur Verfügung stellen.

Eine besondere Bedeutung bekommt in diesem Zusammenhang die Wohnberatung. Sie infor-
miert über Möglichkeiten durch bauliche Veränderungen oder/und den Einsatz von techni-
schen Hilfsmitteln die Wohnsituation zu verbessern und informiert über Fördermöglichkeiten.
Angesiedelt an die Pflegestützpunkte sollen flächendeckend Wohnberatungsstellen angeboten
werden. In ländlichen Regionen ist dies durch mobile Wohnberatung abzusichern. Die Enquete-
Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ hat dazu in ihrem Endbericht „Woh-
nen im Alter“ (KDS 6/24) gute Empfehlungen gegeben. Wir fordern die Umsetzung dieser Emp-
fehlungen.

Bei der Festlegung der Förderbedingungen sollen die Kompetenzen und Erfahrungen aller in
diesen Bereich tätigen Akteure, z. B. der Pflegestützpunkte oder der Wohnungsbaugesellschaf-
ten einbezogen werden. Wir wollen sicherstellen, dass die geförderte konkrete Modernisie-

ungsmaßnahme einerseits für die aktuellen Nutzer notwendig und sinnvoll und andererseits generell auch für spätere Nutzer wünschenswert und hilfreich und damit nachhaltig ist.

Bei der Mobilität sind gerade ältere Menschen auf einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr angewiesen, der in dünnbesiedelten Räumen differenzierter lokaler Lösungen wie Rufbus-Systemen oder kombiniertem Bus-und-Taxi-Verkehr bedarf. Hierzu müssen neue Ideen erprobt und neue Wege gegangen werden, um mit den zur Verfügung stehenden öffentlichen Mitteln statt der bisherigen Leistungen das in Zukunft benötigte Mobilitätsangebot sicherzustellen. Um die besten und im jeweiligen Einzelfall passende Lösungen zu entwickeln, brauchen wir einen guten Austausch und eine gute Zusammenarbeit des Landes und der zuständigen Kommunen mit allen Akteuren und Initiativen.

Im Bereich Gesundheit und Pflege haben sich die Pflegestützpunkte bewährt. Sie sind für viele Betroffene und Angehörige in einer oft sehr schwierigen und belastenden Situation eine große Hilfe und Unterstützung. Sie beraten neutral, vermitteln und steuern unabhängig Angebote von der Prävention bis zur Palliativversorgung über Sektorengrenzen hinweg. Wir setzen uns dafür ein, dass sie ihre wichtige Aufgabe auch in Zukunft weiter im notwendigen Umfang und mit hoher Qualität erfüllen können.

Für gesellschaftliche Teilhabe sind Begegnung und Austausch mit anderen eine wichtige Voraussetzung. Deswegen gilt es dafür Sorge zu tragen, dass eine ausreichende Anzahl von Begegnungsangeboten (z. B. Gemeinschaftsräume, Nachbarschaftstreffs, Stadtteil- oder Begegnungszentren, Mehrgenerationenhäuser) erreichbar ist, die mit anderen sozialen Einrichtungen/Bildungseinrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen, Bibliotheken) zusammenarbeiten.

In vielen ländlichen Räumen werden Zusammenhalt und Gemeinschaft vor Ort häufig vor allem durch den Einsatz vieler ehrenamtlicher Tätiger gewährleistet. Die Versorgung durch einen von den Bewohnern selbst betriebenen Dorfladen, kulturelle Veranstaltungen, Dorffeste und vieles mehr sind oftmals nur möglich, wenn Einzelne sich zu Initiativen zusammenschließen und hierfür die Verantwortung übernehmen. Diese ehrenamtlich Tätigen lassen wir nicht allein. Sie brauchen Beratung, Unterstützung, Weiterbildung und auch die finanzielle Unterstützung einzelner Projekte. Hierfür die Verantwortung zu übernehmen und engagierter Partner zu sein, wird eine wichtige Aufgabe der Ehrenamtsstiftung sein, in guter Zusammenarbeit mit den kommunalen Mitmachzentralen.

Ehrenamt

Hunderttausende von Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind ehrenamtlich tätig: in den Freiwilligen Feuerwehren, in den Sportvereinen, in der Jugend- und in der Seniorenarbeit, der Kultur, der Kommunalpolitik, beim Schutz der Umwelt und in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Das Ehrenamt ist in vielen Bereichen unverzichtbar für die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben. Es stärkt den sozialen Zusammenhalt und die Gemeinschaft. Deshalb will die SPD das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren weiter

stärken. Dabei soll das Ehrenamt staatliches Handeln nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen.

In vielen Bereichen unseres Landes sind die Ehrenamtlichen gut organisiert. Die SPD wird diese Bereiche des Ehrenamtes weiter engagiert bei ihrer wichtigen und wertvollen Arbeit unterstützen.

Einer besonderen Unterstützung bedürfen die Bereiche des Ehrenamtes, die über keine eigene hauptamtliche Organisation verfügen. Für sie haben wir in der vergangenen Wahlperiode die Ehrenamtsstiftung MV gegründet. Die Stiftung soll vor allem kleinen, nicht in großen Verbänden organisierten Initiativen und Gruppen unbürokratisch mit kleinen Geldbeiträgen helfen, ihre gute Arbeit fortzusetzen und wünschenswerte Projekte durchzuführen. Außerdem soll sie dazu beitragen, Ehrenamtlichen mehr Anerkennung zu geben, sie besser miteinander zu vernetzen, Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen und bürokratische Hürden abzubauen. Wir werden die Ehrenamtsstiftung MV weiter aktiv unterstützen und die notwendigen Mittel für ihre Arbeit im Haushalt bereitstellen.

Weiter fortführen werden wir auch die Unterstützung regionaler Ehrenamtsnetzwerke. Die von uns geförderten MitMachZentralen sollen das Ehrenamt in den Landkreisen stärken und zur Vernetzung und Weiterentwicklung bürgerschaftlichen Engagements dienen.

Wir wissen, dass sich noch mehr Menschen gerne ehrenamtlich engagieren wollen, aber noch nicht die richtige Initiative gefunden haben. Auf den alljährlich stattfindenden Ehrenamtsmessen können sich Organisationen und Interessierte kennenlernen. Auch sie werden wir weiter unterstützen.

Kommunen

Viele Entscheidungen, die das alltägliche Leben der Menschen berühren, werden auf kommunaler Ebene getroffen: in den Städten und Gemeinden, in den Kreisen und kreisfreien Städten. Hier gehen die Kinder zur Kita und zur Schule, hier sind Feuerwehren und Vereine aktiv, hier ist eine funktionierende öffentliche Infrastruktur von Bibliotheken über Straßen bis hin zum örtlichen Nahverkehr zu organisieren. Unsere Kommunen sind für die Bürgerinnen und Bürger die erste und unmittelbar erlebbare Ebene des Staates. Sie sind „die Schule der Demokratie“. Wir brauchen starke und lebendige Kommunen.

Damit die Kommunen ihre Aufgaben wirksam erfüllen können, brauchen sie eine angemessene, aufgabengerechte und gestaltungsfähige Finanzausstattung. Wir werden, wie zwischen Land und Kommunen vereinbart, auf der Basis eines gemeinsam in Auftrag gegebenen Gutachtens eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vornehmen, um diese Ausstattung sicherzustellen.

Entscheidungen werden in den Kreisen, Städten und Gemeinden im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung getroffen: durch die Landrätinnen und Landräte, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Verwaltungen sowie die gewählten Vertretungen auf Kreis-, Stadt- und

Gemeindeebene. Unsere Kommunen leben damit in besonderem Maße vom ehrenamtlichen Engagement. Die SPD schätzt die kommunale Selbstverwaltung, wirkt an ihr durch ihre Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker selbst aktiv mit und will in den kommenden Jahren insbesondere die ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen weiter stärken. Wir wollen, dass sich noch mehr Bürgerinnen und Bürger für die Gemeinschaft engagieren.

Dabei richten wir unser Augenmerk gleichermaßen auf die Zentren wie auf den ländlichen Raum. Unsere Städte müssen als wirtschaftliche und gesellschaftliche Zentren und Entwicklungsmotoren des Landes weiter gestärkt werden. Die dort vorgehaltene öffentliche Infrastruktur wird nicht nur von der städtischen Bevölkerung, sondern auch von den Bewohnerinnen und Bewohner des Umlands genutzt. Gleiches gilt auch für die in den Zentren entstehenden neuen Arbeitsplätze. Ebenso wichtig sind uns lebendige Dörfer und eine funktionierende Infrastruktur im ländlichen Raum. Hierzu gehören insbesondere eine medizinische Versorgung, die Sicherstellung von Mobilität, die Anbindung an schnelles Internet und Möglichkeiten zur Begegnung. Stadt und Land dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide Bereiche müssen sich weiter gut entwickeln.

Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir die öffentlichen Verwaltungen auf allen Ebenen so effizient und so bürgernah wie möglich gestalten. Mit der Kreisgebietsreform haben wir zukunftsfähige Strukturen auf Kreisebene geschaffen. Wir danken allen, die mit ihrer Arbeit dafür sorgen, dass die neuen Kreise gut zusammenwachsen. Als nächsten Schritt müssen wir zu effizienteren Gemeindestrukturen kommen, ohne dabei die Bürgernähe aufzugeben. Auf dem Weg dorthin werden wir freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden mit einem Anreizsystem unterstützen. Außerdem wollen wir die interkommunale Zusammenarbeit stärker fördern.

Gleichstellung

Die Rollenbilder von Männern und Frauen und auch das klassische Bild von Partnerschaft und Familie haben sich geändert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten streben eine Gesellschaft an, in der Frauen und Männer, Mädchen und Jungen gleiche Chancen haben.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und betrifft alle Politikfelder. Bei allen politischen Entscheidungen werden wir konsequent auf die Auswirkungen auf Frauen und Männer, Mädchen und Jungen achten. Gender Mainstreaming als Strategie zur Umsetzung dieser Querschnittsaufgabe hat sich auf Landesebene bereits etabliert. An dessen gesamtgesellschaftlicher Umsetzung halten wir konsequent fest. Insbesondere die Verwaltungsebenen im Land sind für geschlechtergerechtes Handeln noch stärker zu sensibilisieren, damit Verwaltungshandeln von Anfang an durch Chancengleichheit für Frauen und Männer geprägt ist.

Für die Chancengleichheit von Männern und Frauen, Mädchen und Jungen ist eine geschlechtersensible Erziehung und Bildung von Anfang an erforderlich. Die Lernerfolge von Jungen werden bei der geschlechtersensiblen Bildung ebenso in den Blick genommen wie die Beteiligung von Mädchen im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bereich. Unterrichtsinhal-

te, -gestaltung und -materialien sollen darauf ausgerichtet sein, tradierte Rollenbilder weiter aufzubrechen sowie für Menschen zu sensibilisieren, die sich keinem oder einem anderen Geschlecht zuordnen. Wir werden deshalb die geschlechtersensible Aus- und Fortbildung des Lehr- und Erziehungspersonals weiter forcieren.

Die Berufs- und Studienwahl von jungen Frauen und Männern ist noch immer von traditionellen Rollenbildern geprägt. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels bei mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Berufen und Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsberufen wollen wir eine Berufsorientierung, die klassische Rollenmuster überwindet. Die bewährten Instrumente wie beispielsweise der Girls'Day oder der JungenTag sollen dazu fortgeführt werden.

Der berufliche Aufstieg hängt nach wie vor zu stark vom Geschlecht ab. Frauen tragen immer noch die größeren Risiken im Erwerbsleben. Sie sind diejenigen, die am meisten und vor allem häufig unfreiwillig in Teilzeit, befristeten Arbeitsverhältnissen und in prekärer Beschäftigung arbeiten. Auch wenn die Frauen gleich gute, oft auch bessere Berufs- und Bildungsabschlüsse als Männer haben, weist der Arbeitsmarkt eine Geschlechterbenachteiligung auf. Dies wird deutlich in der Trennung zwischen sogenannten typischen Frauen- und Männerberufen einerseits und andererseits in der geringen Anzahl von Frauen in Führungspositionen. Frauen werden im Schnitt schlechter bezahlt, sie gelangen seltener in Führungspositionen und gründen seltener ein Unternehmen. All diese Benachteiligungen wollen wir weiter abbauen.

Wir machen uns auch weiterhin für den Grundsatz gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit stark. Unser Ziel ist es, den Anteil von Frauen in Führungspositionen in allen Bereichen weiter zu erhöhen. Für die Landesverwaltung haben wir mit der Neufassung des Gleichstellungsgesetzes entsprechende Instrumente geschaffen. Wir werben dafür, dass andere Bereiche unserer Gesellschaft diesem Beispiel folgen.

Auch in der Politik, vor allem auf kommunaler Ebene, sind Frauen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Für uns als SPD ist ein wichtiges Anliegen, mehr Frauen in allen Altersstufen und Lebensbereichen zum Mitmachen und zum Mitentscheiden zu gewinnen.

Die Vereinbarkeit von Familie bzw. Pflege und Beruf werden wir weiter verbessern. Wir wollen, dass Männer und Frauen gleichermaßen die Erziehung ihrer Kinder und/oder die Pflege von Angehörigen gut mit ihrem Beruf verbinden können. Maßnahmen zur flexibleren Organisation der Arbeit müssen selbstverständlicher werden und zwar für Frauen und Männer. Zusammen mit einer gezielten Personal- und Führungskräfteentwicklung und Maßnahmen der Arbeitsgestaltung bilden sie die Grundlage für die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Gewalt ist unter keinen Umständen akzeptabel. Dafür treten wir ein. Das machen wir immer wieder klar. Besonders betroffen sind Frauen und Kinder. Sie bedürfen unsere Hilfe und Unterstützung, vor allem durch kompetente, professionelle Beratung. Dies muss dauerhaft und flächendeckend sichergestellt sein. Frauenhäuser haben hierbei eine besondere Bedeutung. Sie müssen auch weiterhin durch Land und Kommunen partnerschaftlich abgesichert werden. Perspektivisch soll im Land auch ein Angebot geschaffen werden, dass Frauen mit Handicap einen

barrierefreien Zugang ermöglicht. Wir werden den Landesaktionsplan zur Bekämpfung von häuslicher und sexualisierter Gewalt weiterentwickeln und den Leitfaden für die medizinische Praxis „Gesundheitliche Versorgung gewaltbetroffener Frauen, Männer und Kinder“ überarbeiten.

Die Sprache ist ein Spiegel: Für das Denken der Menschen, für ihr Zusammenleben in der Gesellschaft, für Werte und Normen, die die Gemeinschaft bestimmen. Wenn es darum geht, die Gleichstellung von Männern und Frauen herzustellen, muss sich das auch im Sprachgebrauch widerspiegeln. Dafür werben wir. Dafür wollen wir Vorbild sein.

Neben der Gleichstellung von Männern und Frauen ist uns auch die Gleichstellung und Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transsexuellen, Transgendern und Intersexuellen ein wichtiges Anliegen. Niemand in unserem Land darf wegen seiner sexuellen und geschlechtlichen Identität benachteiligt oder bevorzugt werden. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern tritt für die volle rechtliche Gleichberechtigung homosexueller Paare ein. Aufklärungs- und Unterstützungsprojekte in den Bereichen Transsexualität und Homosexualität sind weiterhin notwendig und werden von uns fortgesetzt, insbesondere der Landesaktionsplan. Die Flaggenverordnung des Landes werden wir so ändern, dass künftig vor allen Rathäusern im Land am Christopher Street Day die Regenbogenflagge wehen kann.

Wir wollen für Opfer von homo- und transphober Gewalt Ansprechpartner bei der Landespolizei schaffen.

Inklusion

Menschen mit einer Behinderung müssen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Die SPD tritt deshalb für eine möglichst weitgehende Inklusion ein. Wir setzen dabei auf die bewährte Zusammenarbeit mit dem Integrationsfördererrat, der für uns auf diesem Weg ein wertvolles Beratungsgremium ist.

Unser Ziel ist, dass die UN-Behindertenkonvention bei uns im Land umgesetzt wird. Den dazu erarbeiteten Maßnahmenplan werden wir in der kommenden Wahlperiode fortschreiben und an die aktuelle Entwicklung anpassen. Auch das Landesbehindertengleichstellungsgesetz soll überarbeitet werden.

Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen sind eine der wichtigsten Voraussetzungen für die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Leider profitieren Menschen mit Behinderungen noch nicht in gewünschter Weise von der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Unser Ziel ist es, die Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen weiter zu erhöhen. Dafür werden wir gemeinsam mit den Agenturen für Arbeit bei den Betrieben im Land werben.

Außerdem setzen wir uns beim Bund für die Fortführung des Modellprojekts „Budget für Arbeit“ ein. Bei diesem Projekt, das derzeit im östlichen Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt wird, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Bereich der Behindertenwerkstätten für maximal zwei Jahre in eine sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vermittelt. Sie werden da-

bei von einer Assistenzperson unterstützt. Die Betriebe erhalten für die Einstellung eine Prämie. Auf diese Weise wollen wir Vorurteile, aber auch Vermittlungshindernisse abbauen.

Eine weitere wichtige Voraussetzung für ein gleichberechtigtes und selbstbestimmtes Leben ist Barrierefreiheit. Wir wollen deshalb in den kommenden 5 Jahren die Barrierefreiheit von Wohnungen, Verkehrsmitteln und öffentlichen Einrichtung weiter verbessern.

Flüchtlinge

In vielen Ländern der Welt, auch in unmittelbarer Nachbarschaft Europas, herrschen Armut, Krieg und Zerstörung in einem Ausmaß, das Menschen in die Flucht treibt. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns für eine menschenwürdige Asyl- und Flüchtlingspolitik ein, die humanitären Bedürfnissen gerecht wird und die Grundrechte der Flüchtlinge als Menschen achtet.

Wie andere Grundrechte auch, darf das Recht auf Asyl nicht von der Kassenlage oder kurzfristigen Opportunitäten abhängen. Es ist für uns ein selbstverständliches Gebot der Menschlichkeit, dass wir Flüchtlingen, die in ihrer Heimat Krieg, Verfolgung und Gewalt ausgesetzt sind, in Deutschland und damit auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern Schutz geben. Schutzwürdige Interessen von geflüchteten Frauen und Mädchen müssen dabei konkret berücksichtigt werden.

Das haben in den vergangenen Monaten vor allem viele tausende Ehrenamtliche deutlich gemacht, die sich überall in Deutschland und auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern um Flüchtlinge gekümmert haben, für sie da waren, sie unterstützt und betreut haben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind stolz, dass auch von uns so viele dabei mitgemacht haben, viele Ältere, aber eben auch mit besonders großem Einsatz viele unserer Jusos.

Die große Zahl an zu uns kommenden Flüchtlingen stellt unser Land aber auch vor große Herausforderungen. Und wir wissen, dass sich auch bei uns in Mecklenburg-Vorpommern viele Menschen wegen des starken Zuzugs große Sorgen machen. In dieser schwierigen, manchmal auch aufgeheizten Stimmung wirbt die SPD für ein flüchtlingsfreundliches Klima in unserem Land. Wir sagen sehr klar: Dieses Thema eignet sich nicht für parteipolitische Profilierung.

Wir wollen die Aufnahme der zu uns nach Mecklenburg-Vorpommern kommenden Flüchtlinge so gut wie möglich organisieren. Das setzt ein enges Zusammenwirken von Land, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Akteuren voraus. Deshalb suchen wir die enge Zusammenarbeit aller Akteure.

Unsere erste wichtige Aufgabe ist die Unterbringung der Flüchtlinge. Die Aufnahme soll weiter zunächst in den zentralen Erstaufnahmestellen des Landes erfolgen, wo die Flüchtlinge registriert werden, eine medizinische Erstuntersuchung erhalten und ihren Asylantrag stellen können. Diejenigen Flüchtlinge, die über eine gute Bleibeperspektive verfügen, werden wir möglichst schnell zur dezentralen Unterbringung an die Kommunen weiterleiten. Wer voraussichtlich nicht bleiben darf, soll bis zum Ende des Verfahrens in der Erstaufnahme bleiben. Wir setzen uns für humane Rückführungsbedingungen ein.

Die zweite große Aufgabe ist die Integration. Wir wollen den Flüchtlingen, die bei uns bleiben wollen und dürfen, einen guten Start in Mecklenburg-Vorpommern ermöglichen. Dazu gehört das Erlernen der deutschen Sprache ebenso wie die gelungene Integration in Kitas, Schulen und den Arbeitsmarkt. Wir setzen dabei bewusst früh an und betreiben deshalb schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen Integrationsbüros, die mit den Integrationslotsen in den Kreisen zusammenarbeiten.

Die SPD sorgt dafür, dass Flüchtlingen mit Bleibeperspektive ein spezieller Rechtskundeunterricht angeboten wird, der von Volkshochschulen nach dem Vorbild von Rheinland-Pfalz organisiert wird.

Integration findet vor Ort statt. Sie ist in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine Herausforderung, ob im Sportverein, im Kita-Elternrat oder in der Gemeindevertretung, aber gleichzeitig auch eine Chance in vielen Lebensbereichen. Gelungene Integration setzt aber auch voraus, dass sich die geflüchteten Menschen selbst einbringen, Deutsch lernen, sich qualifizieren und die im Grundgesetz festgeschriebene freiheitlich-demokratische Grundordnung akzeptieren und befolgen.

Die SPD nimmt die in der Bevölkerung bestehenden Ängste und Sorgen sehr ernst und ist offen für den Dialog. Wir werden alle Anstrengungen unternehmen, um bei Problemen gute Lösungen für einheimische Bevölkerung und Flüchtlinge zu finden. So geben wir beispielsweise die vom Bund zusätzlich für die Kinderbetreuung zur Verfügung gestellten Mittel so an die Kommunen weiter, dass sie zusätzliche Kitaplätze schaffen können. Das sichert gute Chancen von Anfang an für alle Kinder. Wir müssen die Möglichkeiten nutzen, voneinander zu lernen. Das gelingt nur dann, wenn wir offen aufeinander zugehen. Zuwanderung und Integration braucht interkulturelle und entwicklungspolitische Bildung und Information für alle Bürgerinnen und Bürger.

Keinen Dialog auf Augenhöhe kann es allerdings mit Kräften geben, die zu Hass und Gewalt aufrufen. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit lehnen wir entschieden ab. Entsprechende Straftaten müssen mit aller Härte verfolgt werden.

Gesundheit und Pflege

Wir wollen, dass die Menschen gut medizinisch versorgt werden: von der Geburt bis ins hohe Alter. Das Beste ist, wenn die Menschen lange gesund bleiben. Dies kann nur durch gute Präventionsarbeit und eigenverantwortliche Gesundheitsvorsorge gelingen. Prävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Es gilt, die Menschen in allen Lebensbereichen dafür zu sensibilisieren.

Mecklenburg-Vorpommern bietet Kindern und Jugendlichen beste Voraussetzungen für einen chancengleichen und gesunden Start ins Leben. Unsere Kinder- und Jugendgesundheitsziele beschreiben auf die jeweiligen Lebenswelten bezogene, konkrete Ziele für eine hohe Lebenskompetenz, viel Bewegungsfreude, gesunde Ernährung, gute Mundgesundheit sowie eine starke Nutzung der Vorsorgeangebote für alle Säuglinge, Kinder und Jugendliche. Das Erreichen

dieser Kinder- und Jugendgesundheitsziele werden wir in Zusammenarbeit mit allen Akteuren der Gesundheitsversorgung und den Eltern weiterhin mit viel Nachdruck verfolgen.

Im Interesse der Kindergesundheit ist es uns durch ein bundesweit vorbildliches Erinnerungssystem gelungen, die Teilnahme an den U- und J-Vorsorgeuntersuchungen deutlich zu steigern. Dies wirkt sich auch sehr positiv auf den Impfstatus der Kinder und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern aus. Mit der nahezu vollständigen Durchimpfung belegt Mecklenburg-Vorpommern bundesweit einen absoluten Spitzenplatz.

Wir haben eine Krankenhauslandschaft, die sich sehen lassen kann. Wir wollen die heutigen Standorte erhalten, darunter die 4 bisherigen Krankenhäuser der Maximalversorgung. Dazu gehören weiterhin Investitionen, um die Krankenhäuser auf hohem Niveau und dem modernsten Stand halten zu können. Dabei müssen wir die demografischen Herausforderungen im Blick haben und die medizinischen Leistungen anpassen, um die bestmögliche Versorgung der Menschen zu gewährleisten. Krankenhausplanung muss sich an dem Dreiklang der flächendeckenden und wohnortnahen Versorgung, medizinischer Qualität und Wirtschaftlichkeit messen lassen.

Künftig müssen in Anknüpfung an die gute Erfahrung mit den Polikliniken ambulante und stationäre Angebote stärker vernetzt werden. Die Krankenhäuser spielen dabei eine zentrale Rolle. Diese wollen wir durch lokale Gesundheitshäuser ergänzen, als Anker der gesundheitlichen Versorgung in der Fläche. Durch abwechselnde Sprechzeiten von Allgemeinmedizinerinnen und Fachärztinnen und den Einsatz von Telemedizin gelingt auch die Versorgung in den dünn besiedelten ländlichen Räumen. Dazu werden wir den fachlichen Austausch zwischen Ärztinnen in der Grund- und Spitzenversorgung erleichtern und die Bildung von Netzwerken bspw. bei der Schlaganfallversorgung und im Rettungsdienst unterstützen.

Wir haben die Ausbildung der Allgemeinmedizinerinnen mit der Errichtung zweier Lehrstühle an den Universitäten Rostock und Greifswald auf ein solides Fundament gestellt. Mit der geplanten Einrichtung eines Kompetenzzentrums für Allgemeinmedizin werden wir die Weiterbildung der angehenden Hausärztinnen des Landes noch besser organisieren und die Qualität sowie das Ansehen dieser Berufsgruppe erhöhen.

In Mecklenburg-Vorpommern wird es weiterhin einen erhöhten Bedarf an spezieller altersmedizinischer, also geriatrischer Versorgung geben, die auf die Behandlung mehrfacherkrankter, teils hochbetagter Patientinnen eingerichtet ist. Solche geriatrischen Angebote sind in den vergangenen Jahren vielerorts entstanden. Auch in Zukunft werden wir mit den zuständigen Akteuren der Selbstverwaltung darauf achten, dass sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich die geriatrische Versorgung weiter verbessert wird und die Zusatzweiterbildung „Geriatric“ rege genutzt wird.

In einer älter werdenden Gesellschaft wird gute Pflege noch wichtiger. Auf der Bundesebene ist dieser Entwicklung durch die Verabschiedung von zwei Pflegestärkungsgesetzen und der

damit verbundenen Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes Rechnung getragen worden. Damit fanden langjährige sozialdemokratische Positionen ihre Umsetzung. Dazu gehören u. a. die Erweiterung von Leistungsansprüchen auf Menschen mit kognitiven Einschränkungen sowie die Entwicklung neuer Versorgungsformen auf kommunaler Ebene.

Zukünftig wird es darauf ankommen, eine vernetzte Versorgung möglichst auf der Quartiers-ebene zu gewährleisten. Handlungsleitend hierfür ist das Konzept der „sorgenden Gemeinschaften“, welches im Kern davon ausgeht, dass eine qualitätsvolle Unterstützung nicht nur durch Profis sichergestellt wird, sondern dass ein zukünftiger Versorgungsmix neben diesen auch Angehörige und bürgerschaftlich Engagierte einbezieht. Deswegen ist die Förderung von „niedrigschwelligen Betreuungs- und Entlastungsangeboten“ schon heute ein wesentliches Element unseres pflegepolitischen Konzeptes, das wir durch Kofinanzierung von Bundesmitteln unterstützen.

Um künftig eine pflegerische Versorgung flächendeckend zu gewährleisten, bedarf es einer Stärkung der kommunalen Versorgungskompetenz. Deswegen werden wir prüfen, ob eine Anpassung des Landespflegegesetzes dafür erforderlich ist.

Eine stärkere Sozialraumorientierung in der Pflege benötigt ein bedarfsgerechtes Angebot an Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen sowie an alternativen Wohnformen wie dies beispielsweise Wohngemeinschaften sind. Deren investive Förderung werden wir weiter fortführen.

Wir setzen auch künftig auf gute Pflegestützpunkte in ausreichender Anzahl sowie auf eine Weiterentwicklung der kommunalen Pflegeplanung zu „seniorenpolitischen Gesamtkonzepten“. Das bereits bestehende finanzielle Engagement des Landes wird unter Beteiligung weiterer Akteure wie zum Beispiel den Kranken- und Pflegekassen sowie den Kommunen des Landes fortgesetzt. Die Bildung von Kommunalen Runden Tischen unter Beteiligung aller Anbieter von Gesundheits- und Pflegeberufen, der Kostenträger und der Patientenvertreter ist geeignet, die lokale Versorgung bedarfsgerecht zu gestalten und wird deswegen landesseitig weiterhin unterstützt.

Gute Pflege wird von motivierten Fachkräften geleistet. Deshalb wollen wir die Berufsbedingungen in der Pflege verbessern. Neben guten Löhnen und Arbeitsbedingungen ist dazu eine attraktive Ausbildung notwendig. Deshalb unterstützen wir eine schulgeldfreie Ausbildung aller Beschäftigten im Pflegebereich.

Pflegekräfte brauchen eine starke Stimme. Sie wollen sich Gehör verschaffen und mehr Anerkennung für ihren Beruf. Denn während die übrigen Akteure im Gesundheits- und Pflegebereich schon heute gut organisiert und schlagkräftig aufgestellt sind, trifft dies auf die Pflegekräfte nicht zu. Zur Qualitätssicherung und Professionalisierung in der Pflege sowie um den Stellenwert der Pflege insgesamt zu heben und das Anliegen der Pflegenden in der Öffentlichkeit stärker zu gewichten, verpflichten wir uns, die Voraussetzungen zur Einrichtung einer Pfl-

gekammer für Mecklenburg-Vorpommern unter Beteiligung aller betroffenen Akteure zu prüfen.

Unsere guten Angebote der Hospiz- und Palliativmedizin wollen wir weiter ausbauen. Auch hier gilt: ambulant vor stationär und Verzahnung der Angebote. Ziel ist es, den Menschen selbstbestimmtes Altern und Sterben zu ermöglichen, dazu gehört auch eine gute geriatrische Versorgung.

Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung mit Polen weiter voranbringen, damit die Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze die Möglichkeit hat, verstärkt von der schnellsten und jeweils besten medizinischen Versorgung zu profitieren – unabhängig vom Herkunftsland der Gesundheitsdienstleister.

Moderne Beratungsstrukturen

In unserem Land gibt es eine Vielzahl von Beratungsstellen, die hilfe- und ratsuchenden Menschen mit professionellen Angeboten zur Verfügung stehen. Die regionale Verteilung solcher Beratungsangebote ist jedoch in unserem Land nicht gleichmäßig umgesetzt. Wir setzen uns in Kooperation mit den kommunalen Akteuren und regionalen Trägergemeinschaften dafür ein, dass in allen Regionen unseres Landes eine lebensweltnahe und fachbezogene Beratung angeboten wird. Dazu wollen wir gut verteilte Beratungszentren schaffen, in denen unterschiedliche Beratungsfachkräfte themenübergreifend zusammenwirken und ebenso regelmäßige Beratungsarbeit in Außenstellen anbieten.

Sport

Sehr viele Menschen in unserem Land treiben Sport. Davon sind über 240.000 Bürgerinnen und Bürger im Landessportbund organisiert.

Für die SPD leistet der Sport einen großen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt, zum ehrenamtlichen Engagement und zur Gesundheit in unserem Land. Deshalb unterstützen wir den Sport und seine Vereine, damit sie ihren Mitgliedern attraktive Angebote unterbreiten können. Wir streben eine enge Kooperation mit Kitas und Schulen an, wie zum Beispiel durch die Programme „Kinderbewegungsland“ und „Schule und Verein“.

Das gilt auch beim Behindertensport. Damit leisten wir nicht nur einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit und die sportlichen Fähigkeiten der Kinder und Jugendlichen, sondern unterstützen gleichzeitig die Inklusion.

Die Bedeutung des Sports für die Gesundheitsförderung und -prävention nimmt, auch angesichts des demografischen Wandels, stetig zu. Den weiteren Auf- und Ausbau von Gesundheitssportangeboten in den Sportvereinen wollen wir unterstützen. Neben dem Breitensport haben auch die vielen Erfolge unserer Leistungssportler eine große Bedeutung für unser Land. Sie sind Botschafter unseres Landes und überwinden viele Grenzen, wie uns eindrucksvoll im-

mer wieder auch unsere Behindertensportler mit ihren starken Ergebnissen zeigen. Die damit einhergehende Vorbildwirkung wirkt sich positiv auf die Bereitschaft zum Sporttreiben aus. Deshalb werden wir auch weiterhin die Sportgymnasien als „Eliteschulen des Sports“ fördern.

Für den Nachwuchsleistungssport sind neben den ehrenamtlich engagierten Trainerinnen und Trainern auch qualifizierte und motivierte hauptamtliche Trainerinnen und Trainer notwendig, die die Nachwuchstalente für den Spitzensport vorbereiten.

Um den Sport, seine Verbände und Vereine und vor allem die Mitglieder in den Sportvereinen weiter zu unterstützen, werden wir weiterhin in die Sportförderung und in den Bau und die Sanierung von Sportstätten investieren.

Inneres und Justiz

Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sollen sich in unserem Land sicher fühlen können. Garant dafür sind die Feuerwehren, der Rettungsdienst, der Katastrophenschutz und die Polizei unseres Landes. Sie genießen in der Bevölkerung hohes Ansehen. Ihnen gebührt unser Dank. Wir sagen ihnen alle notwendige Unterstützung bei der Erfüllung ihrer wichtigen und schwierigen Arbeit zu.

Mecklenburg-Vorpommern ist in den vergangenen Jahren immer sicherer geworden. Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten war 2014 mit 116.609 so niedrig wie nie zuvor. Damit ist seit 2004 ein ununterbrochener Rückgang von Straftaten zu verzeichnen. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote nach wie vor hoch.

Wir werden weiter konsequent gegen Kriminalität und ihre Ursachen vorgehen. Wir werden die professionelle und effektive Arbeit unserer Polizei durch moderne Ausrüstung, durch konsequente Aus-, Fort- Weiterbildung sowie durch die Schaffung der notwendigen gesetzlichen Grundlagen unterstützen.

Der große Zustrom von Flüchtlingen und die damit verbundene größere Belastung des Streifenendienstes unter anderem zum Schutz von Asylbewerberunterkünften und zur Verfolgung rechtsextremistischer Straftäter haben zu einem erheblichen Aufgabenzuwachs der Landespolizei geführt. Auch die erforderlichen Maßnahmen zur Verhinderung terroristischer Anschläge fordern die Polizistinnen und Polizisten.

Wir werden alles tun, damit trotz dieser zusätzlichen Belastungen die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger weiter gewährleistet ist. Das umfasst die erforderliche Personalausstattung wie auch die Überprüfung der Sicherheitskonzepte und Strukturen, damit die Polizei vor Ort ausreichend präsent ist.

Unser Ziel ist es, mehr Polizistinnen und Polizisten auf die Straße zu bringen. In diesem Rahmen ist auch die Frage zu beantworten, wofür die Polizei zukünftig zuständig sein soll und sein muss. Wir werden die Nachwuchsgewinnung vorantreiben und insbesondere die Förderung von Frauen in polizeilichen Führungspositionen verstärken.

Wir werden Sicherheitskonzepte für die jeweiligen Regionen unseres Landes entwickeln. Hierbei ist die Prävention ein besonderer Schwerpunkt. Hauptaugenmerk wird dabei auf einer verstärkten Kooperation mit anderen Ländern und mit der Bundespolizei liegen.

Die freiwilligen und Berufsfeuerwehren leisten einen unschätzbaren Dienst für die Allgemeinheit. Die SPD wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass junge Menschen Interesse an einer Tätigkeit in den Feuerwehren haben.

Ziel der SPD ist eine leistungsstarke und bürgerfreundliche Justiz. Durch die Gerichtsstrukturreform sind unsere Gerichte nunmehr zukunftsfähig aufgestellt. Jetzt gilt es, die neuen Strukturen zu nutzen, um die Aufgaben der Justiz optimal zu erfüllen. Zügige Verfahren sorgen für rasche Rechtssicherheit. Sie sind damit bürgerfreundlich, effizient und auch für die Wirtschaft von Bedeutung. Bei der Ahndung von Straftaten sind zeitnahe Verhandlungen, nicht nur im Jugendstrafverfahren, besonders wichtig. Nur eine Strafe, die auf dem Fuße folgt, wird Straftäter noch deutlicher beeindrucken.

Die Verwaltungsgerichtsbarkeit ist so ausgestattet worden, dass sie die besonderen Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Anstieg der Asylverfahren meistern kann. Ebenso haben wir die Sozialgerichte personell verstärkt. Wir werden nicht nur in diesen Bereichen, sondern mit allen Gerichtsbarkeiten und der Staatsanwaltschaft darauf achten, dass das Vertrauen der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern in ihre Justiz weiter gefestigt wird.

Weltoffenes und demokratisches Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern ist ein demokratisches und weltoffenes Bundesland. Das soll auch so bleiben. Wir werden deshalb weiter allen rechtsextremistischen Bestrebungen entschlossen entgegentreten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im ganzen Land engagieren sich in einer Vielzahl von landesweiten oder örtlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, wie z. B. „WIR – Erfolg braucht Vielfalt“. Andere sind von uns selbst ins Leben gerufen worden, wie *Endstation Rechts* und *Storch Heinar*. Wir werden dieses für uns sehr wichtige Engagement fortsetzen. Denn für Rechtsextremisten darf es keinen Platz bei uns geben – weder im Landtag noch sonst irgendwo in unserer Gesellschaft.

Im Kampf gegen den Rechtsextremismus und bei der Stärkung von Demokratie muss früh angesetzt werden. Eine fächerübergreifende demokratische Erziehung in der Schule und eine unabhängige und gut ausgestattete Landeszentrale für Politische Bildung sind für uns Eckpfeiler bei der Vermittlung einer demokratischen Kultur.

Eine zentrale Aufgabe beim Kampf gegen den Rechtsextremismus und bei der Stärkung des demokratischen Engagements sollen auch weiter die Regionalzentren für Demokratie und Toleranz übernehmen. Hier finden die Akteure vor Ort kompetente Ansprechpartner, die sie bei der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus unterstützen. Damit die Regionalzentren und Initiativen vor Ort weiter erfolgreich arbeiten können, werden wir das Landesprogramm für Demokratie und Toleranz auf hohem Niveau fortführen. Die durch entsprechende Bundesprogramme – wie z. B. „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen

und Jugend – gebotenen Möglichkeiten der Demokratieförderung werden wir in Mecklenburg-Vorpommern auch in Zukunft aktiv nutzen und zur Verfügung stehende Bundesmittel seitens des Landes flankieren.

Die Versammlungsfreiheit gehört zu den tragenden Säulen unseres demokratischen Rechtsstaates. Wird sie von rechtsextremen Gruppierungen in Anspruch genommen, die unsere freiheitliche Demokratie und offene Gesellschaft ablehnen, gehört für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum demokratischen Selbstverständnis, dem politisch klar entgegenzutreten.

Für uns sind daher friedliche Demonstrationen gegen rechtsextreme Aufmärsche selbstverständlich und Ausdruck einer lebendigen Zivilcourage. Das gilt nicht für diejenigen, für die solche Demonstrationen ein willkommener Anlass für gewalttätige Auseinandersetzungen sind. Davon distanzieren wir uns.

Für friedlich gegen rechtsextreme Aufmärsche Demonstrierende ist die Polizei nicht Gegner, sondern Partner. Deshalb werden wir auch zukünftig dazu aufrufen, den Beamtinnen und Beamten kooperativ zu begegnen. Gleichzeitig erwarten wir von den Versammlungsbehörden und der Polizei Augenmaß und eine Differenzierung von friedlichen Demonstrationen und solchen, die unsere Rechtsordnung infrage stellen. Das gilt auch für den Umgang mit friedlichen Sitzblockaden.

So wie rechtswidriges Verhalten von Demonstranten zu ahnden ist, erwarten wir eine umfassende und sofortige Aufklärung, wenn es bei Demonstrationen Anlass zur Kritik am Verhalten von Einsatzkräften gibt.

Die Mordserie des NSU zeigt, dass Rechtsextremisten auch vor Mord und Terror nicht zurückschrecken. Viel zu lange wurden die tatsächlichen Gefahren rechtsextremer Ideologie und Gewalt unterschätzt. Das darf nie wieder geschehen. Daraus müssen alle Verantwortlichen lernen und mit wirksamen Maßnahmen gegen rechtsextreme Strukturen und Aktivitäten vorgehen. Dazu gehören neben einer engagierten Präventionsarbeit auch entsprechende Konzepte von Polizei und Verfassungsschutz.

Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern tritt seit langem für ein NPD-Verbot ein. Wir unterstützen den Antrag des Bundesrats auf ein Verbot dieser Partei, die unsere freiheitliche-demokratische Grundordnung aggressiv bekämpft. Wir werden alles uns Mögliche dafür tun, damit dieses Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Europa

Mecklenburg-Vorpommern hat sich auch dank der Unterstützung der EU in den vergangenen 25 Jahren gut entwickelt. Europa ist die beste Garantie dafür, dass wir in Frieden leben. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zum europäischen Gedanken und wendet sich gegen alle europafeindlichen Kräfte. Wir wollen in den kommenden Jahren in guter Nachbarschaft mit all unseren Nachbarn leben und unsere regionalen Partnerschaften mit Regionen in den Ostseeanrainerstaaten weiter pflegen und ausbauen.

Von besonderer Bedeutung ist für uns die Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet mit unserem direkten Nachbarn Polen. Wir streben deshalb eine Mitgliedschaft in der Metro-polregion Stettin an. Erste Vereinbarungen dazu sind bereits unterzeichnet worden. Wir erhoffen uns von einer engeren Zusammenarbeit Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung auf beiden Seiten der Grenze.

Zu Russland unterhält Mecklenburg-Vorpommern traditionell enge Beziehungen. Wir halten an unseren Kontakten insbesondere zu unserer Partnerregion rund um St. Petersburg auch in schwierigen Zeiten fest. Mit Veranstaltungen wie dem Russland-Tag werden wir die Wirtschaftskontakte dorthin weiter ausbauen.

Ein wichtiges Forum für die Zusammenarbeit ist die Ostseeparlamentarierkonferenz und das Parlamentsforum Südliche Ostsee. Wir werden dort weiter engagiert mitarbeiten, um die Zusammenarbeit im Ostseeraum weiter zu verstärken.

Wir wollen nicht nur ein Europa auf staatlicher Ebene, sondern ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Wir freuen uns darüber, dass sich viele Menschen in unserem Land für den europäischen Gedanken und die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg engagieren. Wir werden die zivilgesellschaftlichen Akteure bei ihrer wichtigen Arbeit weiter unterstützen.